

Volksmacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pfg. vierteljährlich 1,25 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellen monatlich 40 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Winkelgeschäfte:
Die eingepackte Postzeitung 30 Pfg. für arbeitslos 35 Pfg., die 2 gepackte Postzeitung 1 Mk. Arbeitsmarkt und Wohnungsangelegenheiten 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr 20

Danzig, Sonnabend den 18. Mai 1918

9. Jahrgang

Pfingsten

In voller Pracht und früher als sonst hat in diesem Jahre der Frühling seinen Einzug gehalten. Das uns sonst zur Pfingstzeit als zartes Symbol neuerwacht-r Freude und Fruchtbarkeit sinnig grüßende helle Virlengrün prangt in diesem Jahre bereits in sattgrünen Farbenröten und schon künden duftende Rosen den nahenden Sommer. Falter haschen einander in tänzelndem Liebermut und enlsige Bienen summen von Blüte zu Blüte. Und die Nachtigallen singen in rauschenden Baumkronen ihr Sehnsuchtslied der ewigen Liebe.

So grüßt uns denn in diesem Jahre das Pfingstfest, obwohl es diesmal kalendermäßig recht früh fällt, im üppigsten Gengesschmuck, als echtes Fest der Blüten, dieses schönen Wahrsprechens der Verheißung und fruchtbareren Vollendung. Es leitet hinüber zu jenem Pfingstfest der Apostelgeschichte, da das Urchristentum mit der gleichen blühenden Verheißung unter die Massen trat. Das Christentum war damals eine neue Idee, es bedeutete für die durch Rom unterdrückten Völkerschaften einen Kampf um bessere Lebensgestaltung, ein Schild sozialen Kampfes, das von seinen Rindern voller Begeisterung in die Volksmassen geschleudert wurde und ein glücklicheres Erdleben verhieß. So entstand der revolutionäre Gehmut und der Urchristen, der an der Welt Herrschaft der heidnisch-römischen Cäsaren rüttelte und diese nach schweren Opfern unter das Kreuzzeichen des Nazareners zwang.

Doch wie wir heute auch sinnen mögen, um diesem Erinnerungstage gerecht zu werden: Die Historie des Pfingstfestes der Apostelgeschichte verblaßt trotz ihrer weltgeschichtlichen Wichtigkeit vor der gegenwärtig aufgeregten und furchtbaren Zeit zu einer belanglosen Episode. Zum vierten Male spiegelt sich die warme Pfingstform in dunklen Wutlachen. Das feiliche Matengrün spricht aus alten und neuen Massenwunden. Immer noch werden die christlichen Friedensglocken zu verderbenspeinenden Kanonen umgewandelt. Immer noch wütet rasendes Trommelfeuer und verwandelt Menschen zu Leichen und Krüppeln und blühende Landschaften zu trostlosen Einöden. Und die Todes- und Schmerzensschreie Gefallener gelten in die blauen Benzestübe. Die Kaserne des Mordens umrauscht auch ein viertes Kriegspfingsten.

Was will das werden? So fragten vor rund zweitausend Jahren am Pfingsttage die von der Begeisterung der christlichen Agitatoren fortgerissenen Volksmassen. Und auch wir fragen heute angefüht der größten aller Weltkatastrophen, deren ansehend letzte blutige Phase heringebrochen ist: Was will das werden? Ist es eine alte Welt, die hier in schmerzhaften Todeszuckungen in Trümmer sinkt? Wird einst aus diesem Chaos der Vernichtung, aus diesem maßlosen Loben der Leidenschaft ein Besseres, Vollkommeneres hervorkühen?

Eine tröstende Antwort drängt sich nur zaghaft über unsere Lippen. Denn trostlos ist die Gegenwart, entbehrungsvoll und düster erscheint uns die nächste Zukunft. Denn dann steht die Menschheit vor der ungeheuer schwierigen Aufgabe, all die schrecklichen Wunden, die dieser Weltkrieg geschlagen, auszuheilen und zum Vernarben zu bringen. Eine Aufgabe, die mit jedem weiteren Tag Weltkrieg sich immer schwieriger gestaltet. Dies ist schon längst erkannt worden und immer wieder wurde versucht, aus Menschlichkeits- und Vernunftgründen diesem langwierigen Morden und Zerstören Einhalt zu gebieten. Immer wieder vergebens! Stets verebhten alle auf Frieden gerichteten Bestrebungen kraftlos im Sande, immer wieder siegten die imperialistischen und chauvinistischen Kriegsheher. Zerstörung und Tod wühen weiter.

So ist uns denn auch das vierte Kriegspfingsten nicht erspart geblieben. Und viele fragen heute zingend: Was will das werden? Ein millionenfaches Sehnen geht durch die Völker, eine unstillbare Sehnsucht nach Ruhe und Frieden, gesüht durch mächtige Vernunftgründe, ringt mit den Dämonen des Hasses und der Zerstörung. Und wehmütig schweift der Gedanke zu dem herrlichen Dichterwort Georg Herweghs, monach sich einst über die Menschheit „donnernd ein Pfingsten erglehen werde als Festtag der Niedrigsten und Geringssten“. Wird dieser große Pfingstfesttag jemals zur Wirklichkeit werden? Wird endlich der heilige Geist der Versöhnung und Erleuchtung über die Menschen kommen, ihnen den Weg weisend, den sie nach den einfachen Geboten der Menschlichkeit zu wandeln verpflichtet wären? Wird dereinst ein blühendes Pfingsten in die Welt strahlen zum fruchtbareren Gedeihen des menschlichen Geistes, ein echtes Menschheitspfingsten, ein Pfingsten wahrer Erkenntnis und echten Menschentums, voller lodender Freude, voll blühenden Kinderfrohsinns? Ein Pfingsten, das die Völker befreit mit immerwährender Brüderliebe und die Lichter der Menschheit zur wahren Sittlichkeit zur Kultur, zum lebenserhöhenenden Aufbau in nimmer ermüdender Saffensucht?

Wird jemals ein solches Menschheitspfingsten die Welt beglücken? Skeptiker sagen nie. Kalkülend weisen sie auf den Kampf der Starken gegen die Schwachen seit Rains Zeiten, auf den Gegensatz der Lebensinteressen und das Tierische im Menschen und weisen dem unmen schlichen Krieg Ewigkeitsbestand. Das klingt nüchtern und grausam. Behalte diese Ansicht recht, dann spräche sie dem Menschgebanken Hohn; das heiße die Barbarei und Unmenschlichkeit für alle Zeiten verewigen.

Stehen wir wirklich so? Schauen wir doch zurück in der Weltgeschichte! Gewiß, der Krieg gehört leider heute noch zu ihrem eisernen Bestande und auch er hat sich den nie rastenden Erfindergeist zu seinem schrecklichsten Wüten nutzbar gemacht. Aber hängt denn die Menschheit als Ganzes noch wie früher dem Gedanken an, Streitigkeiten nur mit den Waffen in der Faust, durch blinde Gewalt zu entscheiden? Haben sich im Laufe der Jahrtausende nicht Gesetze entwickelt, die in jedem Lande die Gewalt dem Recht unterordnen? Ist es denn ein so unmöglicher Schritt, diesen Brauch zu internationalisieren? Und wird der Geist der Humanität nicht immer lebendiger?

Schauen wir uns um in der Natur. Alles strebt nach höherer Gestaltung, nach edleren Formen, nach besserer Vollkommenheit. Von diesem natürlichen Streben kann sich auch der Mensch nicht ausschließen. Er ist ein Stück dieser Erde und ihren Gesetzen unterworfen. Darum fort mit jenem

fatalistischen Gedanken! Seine Bewahrheitung wäre gleichbedeutend mit dem Aufgeben jeden Kulturstrebens, hieße Unvernunft und Unmenschlichkeit für alle Zeiten verewigen! Wir, die wir an die bessere Zukunft des Menschengeschlechts glauben, haben die Aufgabe, auch in diesen schauerlich erassen Zeiten den Menschheitsgedanken wachzuhalten! Ein Besseres lebt und weht in jedem Menschen. Und der Drang nach dem Guten und Vollkommenen hat noch nie geruht. Immer höher ist durch ihn die Menschheit gestiegen. Da wird denn auch die letzte Schlade tierischer Wildheit, der brudermordende Krieg, nicht Ewigkeitsbestand behalten. Auch diese letzte harinädige Säule der Barbarei wird sinken mit dem Aufstiege von Bildung und Humanität. Edelstimm und allgemeine Freundschaft des gesamten Menschengeschlechts werden den Schlüsselstein bilden am Hause der Menschheit, nachdem der wirtschaftlichen Ausbeutung der Menschen schon vorher ein Ziel gesetzt ist. Das Schöne und Wahre muß siegen und das Häßliche und die Lüge in Trümmer sinken!

Dann wird den Menschen ein Pfingsten erblühen voller Schönheit und Wahrheit, umstrahlt von der Purpursonne der ewigen Brüderliebe, ein Menschheitspfingsten, das goldene Früchte verheißt und ewigen Frieden gebietet, wie es unsere Dichter erträumt und die Humanisten aller Zeiten erstrebt haben. Das ist unser Zukunftsglaube. Wir halten ihn aufrecht trotz Sterben und Verderben, trotz Rot und Tod!

Preußen ohne Wahlrecht

W. T. B. Berlin, 14. Mai. Bei der dritten Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wurde die Anfrage auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorseht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Lohmann, nach dem der Grundstimm unter gewissen Voraussetzungen 2 Zusatzstimmen gewährt werden können, wurde ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt.

Schließlich lehnte das Haus auch den § 3 der Kommissionsbeschlüsse auf Einführung des Mehrstimmwahlrechts mit 220 gegen 191 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen ab.

Vom höchsten Heldentum aller Zeiten kündet der tägliche Bericht unserer Obersten Heeresleitung. Anerkente, unsagbare, unvergleichliche Leistungen werden Tag für Tag von unseren tapferen Feldgrauen vollbracht; Beispiele hervorragenden Mutes des einzelnen Mannes, Beweise für die weltüberlegene Führung der Truppenverbände sind an der Weißfront Alltagserscheinung. Besetzt von unbengiamem, zielstrebendem Siegeswillen, vollführt dort unser Heer jetzt Titanenarbeit, für die unser Dank nie groß genug, unsere Anerkennung und Bewunderung, und mag sie noch so herrliche Worte finden, nur lächerlich gering sein kann im Verhältnis zu dem tatsächlichen Geleisteten. Deshalb ist es eine fast selbstverständliche Pflicht, das Heldentum des Krieges mit Feder, Griffel und Pinsel festzuhalten, für uns zur Erbauung heute, morgen und in späteren ruhigen Zeiten, für die Nachwelt als leuchtendes Vorbild und Ansporn, für die Kämpfer selbst aber als Denkmal ihrer Größe.

(Der deutsche Admiralstab über das Heldentum derer, gegen die sich die Wahlrechtsvorlage richtet. D. R. N. Nr. 10.)

Es gibt keine treffendere Kritik der Preußen vor der Kulturwelt erniedrigenden Wahlrechtsfrage des preußischen Abgeordnetenhauses als der Gegensatz der vorstehenden amtlichen Meldungen. Aber war kümmern sich die agrarischen und großkapitalistischen Machthaber des ungeschlichen preußischen Dreiklassenhauses um die Kulturwelt des Weltkrieges und den Heldenruhm seiner Kämpfer?

Gold macht hart! Die Herren des Landes und der Millionen treiben jetzt wie vor dem Kriege granitharte Klassenpolitik. Für sie mahnte der Arbeiterdichter Bröger und auch Preußens König ganz vergeblich an die Opfer der Armut für die Erhaltung der Volksgemeinschaft.

Deshalb erfährt die Wahlrechtsvorlage des preußischen Königs, in dessen Hand sich als deutscher Kriegsherr eine Macht vereint, wie sie wohl noch nie ein Mensch auf der Erde bejessen hat, eine Mißhandlung, die ohne Beispiel im parlamentarischen Leben ist. Es ist, als ob die Konservativen es nur darauf abgesehen haben, die Grenzen der königlichen Macht in ihrer Beschränkung zu zeigen! Ja, der bürgerliche Konservative Graf — die Herren um Herbrand sind gar schlaue Lattiter —

sprach gestern schon fast so, als ob ein neuer Regent zur Ablösung bereit stände. Immer wieder versichern die Konservativen und ihre Landräte, daß sie das Königtum, durchaus nicht etwa gegen den König, aber gegen seine Wahlrechtsvorlage schützen müssen!

Die entscheidende Arbeit nimmt ihnen aber die Volkfreundlichkeit der Nationalliberalen ab! Sie setzten ihrem Liberalismus wie ihrem Nationalismus ein gigantisches Denkmal in der Abstimmung dadurch, daß sie dafür sorgten, daß überhaupt nichts beschlossen worden ist! Alle Anträge wurden abgelehnt, so daß die Wahlrechtsvorlage tatsächlich überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Und dafür sorgten die 35 Nationalliberalen unter dem Schmerindustriellen Dr. Lohmann. Hätten sie für das gleiche Wahlrecht gestimmt, so wäre es nicht mit 53 Stimmen abgelehnt, sondern mit 17 Stimmen Mehrheit angenommen worden! Ihre liberale Volkfreundlichkeit ließ es nicht zu, von dem armen und arbeitenden Volksgenossen das Joch des Dreiklassenhelotes zu nehmen und ihm das Recht des Staatsbürgers zu geben. Als Sozialdemokraten können wir diesen großkapitalistischen Machtpunkt für diese praktische Belehrung über volksfeindliche Klassenpolitik nur dankbar sein. Er hat der politischen und sozialen Aufklärung ganz unbezahlbare Dienste geleistet.

Trotzdem der Wahlrechtsvorlage durch die getrigen Abstimmungen jeder Inhalt genommen wurde, bleibt die Regierung von bezaubernder Sanftmut und grenzenloser Güte. Der Vizepräsident des Ministeriums, Dr. Friedberg versicherte, daß die Regierung das Abgeordnetenhaus wegen dieses ungeheuerlichen Mißtrauensvotums durchaus nicht auflösen werde. Erst müsse auch das Herrenhaus die Vorlage noch durchberaten.

Wie dieses Haus verjährtester — Weisheit das Wahlrecht behandeln wird, darüber täuscht sich niemand. Uebrigens möchten wir wissen, was selbst die geborenen Gesetzgeber mit einer Vorlage beginnen sollen, die im Kern überhaupt keine Vor schläge macht und deshalb tatsächlich gar nicht vorhanden ist. Allerdings soll der Wahlrechtschacher über Pfingsten den arg zerfetzten Blunder der einst so stolzen Wahlrechtsvorlage etwas sünden. Dagegen sagt der „Vorwärts“ mit Recht, daß dies nur durch eine böse Verschlimmerung des gleichen Wahlrechts möglich wäre, die von ihm gar nichts lassen würde. Die Junker und ihre großkapitalistischen Helfer wissen zu genau, wie recht Vassalle hatte, als er sagte, daß es vergeblich ist, in solchen Kämpfen durch Schlaueit etwas zu erlitten.

Nur Macht gibt eben Recht! Das wußte die Sozialdemokratie auch, als die Wahlrechtsvorlage des preußischen Königs kam. Nicht dieser Widerstand vor dem Volksrecht der hundertfachen, sondern das Herrentum der Junker und der Millionäre. Aber auch ihre Macht ist nicht unüberwindlich. Dem Willen des Königs konnten sie den Weg verlegen. Aber nicht dem Volke. Und jetzt hat das Volk das Wort!

ist das Berliner Abgeordnete der Ansicht, daß die überaus schnelle Haltung der Regierung die Willkür daran trägt, daß durch preußische Parteipolitiker ein solches Wahlrecht nicht durchgesetzt werden soll. Das Wahlrecht ist ein solches Ergebnis mit der Abregulierung verträglich ist, dem nicht dem ausschließlichen Ermessen der Staatsregierung überlassen.

Die nationalliberale „Vorstellung“ (heißt) von einem Wählerrecht der Gegner des gleichen Wahlrechts, die „Berliner Zeitung“, von einer Umwälzung des gleichen Wahlrechts.

„Sehr wahr!“ sagt es in einem dem öffentlichen Optimum zu folgen. Wo er nicht steht, liegt die Möglichkeit der neuen Wahlrecht bei Interessierten zur Hand.

Aus der entscheidenden Sitzung vom 14. Mai geben wir folgende Einzelheiten wieder:

Die sozialdemokratische Wahlrechtsforderung (Abg. Hirsch) (Sozialdemokrat):

Eine Verändingung über den Antrag Bohmann, die Abg. Vorich für möglich hielt, könnte nur erfolgen zwischen den Konferenzen, dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem Zentrum.

„Sehr wahr!“ bei den Sozialdemokraten. Es kommt für uns nicht darauf an, ob die Binde bei einem gleichem Wahlrecht einige Mandate mehr bekommt als bei einem Mehrwahlrecht, sondern darauf, daß dem Volke vor Augen geführt werden soll, daß es auch wirklich gleichberechtigt im Staate ist.

Der Antrag Bohmann bedeutet ein völliges Ausnahmegeleht gegen die Arbeiterklasse und gegen einen großen Teil der Kriegsteilnehmer.

„Sehr wahr!“ bei den Sozialdemokraten. Es soll eine Zusatzstimme erhalten, wer 50 Jahre alt ist. Man vergißt dabei, daß in einer großen Reihe gesundheitsgefährdender Berufe die Arbeiter nur ganz ausnahmsweise dieses Alter erreichen. Ebenfalls wird das der Fall sein bei der ungeheuren Zahl von Kriegsteilnehmern, die gesundheitlich geschwächt aus dem Krieg zurückkehren. Sie aus würden die Zusatzstimme nicht erhalten und könnten mit Recht sagen:

Das ist der Wert des Vaterlandes.

„Sehr wahr!“ bei den Sozialdemokraten. Ferner soll eine Zusatzstimme erhalten, wer seit mehr als 10 Jahren dem vollendeten 20. Lebensjahre an in der Gemeinde, in der er wahlberechtigt ist, seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie bei uns liegen, gehört es dementsprechend zur Ausnahme, daß Arbeiter 10 Jahre in derselben Gemeinde wohnen können. Ich erlaube mir an den Fall, daß ein großes Industrieunternehmen gerade seine tüchtigsten Arbeiter vielleicht nach einer Zweiggesellschaft in eine entfernte Gemeinde schickt. Diese Leute würden, obwohl sie bei demselben Unternehmer mehr als 10 Jahre tätig sind, und gerade hervorragend tüchtig sind, die Zusatzstimme nicht erhalten. (Hört, hört!)

Ferner müßten alle zurückkehrenden Krieger, die jetzt in einer Kriegesgefahrzone angehalten werden, erst 10 Jahre dort wohnen, ehe sie die Zusatzstimme erhalten können.

Wer 10 Jahre seit seinem 25. Lebensjahre Beamter gewesen ist, bekommt die Zusatzstimme ohne weiteres. Der Arbeiter aber, der durch die wirtschaftliche Entwicklung hin- und hergeworfen wird, kann sie nie bekommen. Ebenfalls den wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht wird die weitere Bestimmung, wonach derjenige eine Zusatzstimme erhält, der seit mindestens einem Jahre selbständig ist. Das ist ein rein plutokratisches Merkmal, denn um selbständig zu werden, muß man ein gewisses Vermögen haben. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten. Dazu kommt, daß der Begriff der Selbständigkeit sehr unbestimmt ist. Der nun „selbständige“ Inhaber eines kleinen Gewerks der nebenbei in der Fabrik arbeitet, als Tagelöhner, soll dann wohl die Zusatzstimme bekommen, aber der Werkführer in derselben Fabrik nicht.

Die Stellung der Nationalliberalen, ihres rechten Flügel um Dr. Bohmann, hat sich fort und fort geändert.

In der Kommission haben sich für das sechsstimmige Mehrwahlrecht gestimmt. Nur mit ihrer Hilfe ist dieses ungeliebte Wahlrecht in der Kommission und auch im Plenum in zweiter Lesung angenommen worden.

„Hört, hört!“ bei den Sozialdemokraten. Dann hat Dr. Bohmann ein Zweistimmigenwahlrecht beantragt, das übrigens lange nicht so geächtet war, wie der neue Antrag Bohmann. Und heute erklärt er, falls der neue Antrag abgelehnt wird, sind seine Freunde für das sechsstimmigenwahlrecht nicht mehr zu haben. (Hört, hört!) bei den Sozialdemokraten. Hoffentlich wandelt er sich noch weiter und tritt schließlich mit uns auf den Boden des gleichen Wahlrechts. Er hat ja selbst gesagt, daß eine große Stimmung im Volke dafür vorhanden ist.

Die Anträge der Nationalliberalen werden für uns im kommenden Wahlkampf eine gute Waffe sein, um die Nationalliberalen zu bekämpfen.

Ich hoffe, daß dieser Wahlkampf bald kommt, denn ich kann mir nicht denken, daß die Regierung sich das Spiel, das jetzt getrieben wird, länger gefallen lassen wird. Wahrscheinlich wird heute gar nichts angenommen, jedoch in dieser Beziehung eine Warte in dem Befehl ertheilt. Es erscheint zweifellos, dann nach drei Wochen noch einmal über diesen Vorstoß abzustimmen und für den Fall, daß bis zur dritten Lesung eine Einigung unter den Parteien erzielt ist, dann noch abermals nach drei Wochen eine erneute Abstimmung vornehmen zu müssen.

„Sehr wahr!“ bei den Sozialdemokraten. Das bisherige Verhalten der Regierung ist für die Freunde des gleichen Wahlrechts nicht gerade ermutigend gewesen. Jedenfalls haben wir daraus gelernt, daß wir uns auf die Regierung nicht stützen können, sondern den Kampf um das gleiche Wahlrecht selber auszufechten haben.

„Hört, hört!“ bei den Sozialdemokraten. Die Lage der Wahlen im diesem Kampf herabzusetzen ist. Die Verantwortung für den Ausbruch müssen wir abgeben. Daran sind die Herren liberal, die so sehr an dem Verstande, die ihnen ein solches, dieses Dreistimmigenwahlrecht gegenüber hat. Die Wirkung dieser Schmeichelei hat das Ausland dem für Deutschland nicht günstig sein kann bei Herrn v. Kappeler ebenfalls sein. Ich möchte die Regierung ermahnen, endlich ihre Verantwortung abzugeben.

Das ganze Volk würde ermahnen und es wie eine Erleichterung betrachten, wenn die Regierung für den Fall der nachträglichen Einführung des gleichen Wahlrechts den Landtag wählen würde.

„Sehr wahr!“ bei den Sozialdemokraten. Das deutsche Volk freige während des Krieges politische Rechte. Die Forderung des Wahlgesetzes nach dem gleichen Wahlrecht ist ein solches, das durch gewisse Störungen gegen die Freiheit gefährdet ist. Ich hoffe, daß auf der Grundlage des Antrages Bohmann eine Einigung zustande kommt.

„Hört, hört!“ bei den Sozialdemokraten. Das gleiche Wahlrecht wird kommen mit dieser Regierung.

„Hört, hört!“ bei den Sozialdemokraten. Wenn das Ausland sich über die Wahlrechtsänderung freut, sagt der Stimmgeber an der Staatsregierung, die die Forderung des gleichen Wahlrechts nicht durchsetzen kann.

Wir bitten nicht die Sache dazu, daß das letzte Schicksal des deutschen Staates durch die Demokratisierung des Landtages entschieden werde.

Wir wollen auch nicht, daß die Defensivität der Armee durch ein verfassungsmäßiges System gefährdet werden.

Es folgt die notwendige Abstimmung über den Antrag zur Überarbeitung des § 3 der Regierungsvorlage.

„Hört, hört!“ bei den Sozialdemokraten. Die Anträge der Nationalliberalen werden für uns im kommenden Wahlkampf eine gute Waffe sein, um die Nationalliberalen zu bekämpfen.

Die noch immer abgelehnte Regierung

Hierauf erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht fest und ist entschlossen, in einer Durchführungs- und verfassungsmäßigen Weise in Anwendung zu bringen. Sie ist noch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Teil der Gesetzgebung zu bleiben hat, unter welcher Staats- und Verfassungsformen grundsätzlichen Frage Stellung nehmen muß, zumal auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerkes bildet. Demgemäß wird auch das Herrenhaus mit der Vorlage befaßt werden. Sollte dieses dem geordneten Gang der Gesetzgebung entsprechende Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung innerhalb gemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dieses nach pflichtmäßigem Gemessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.

Zu § 14 (geheime Wahl) wird ein Antrag Vorich (Zentrum) auf Sicherung des Wahlscheiterns mit einem Zusatzantrag Kries (link.) auf Sicherung der geheimen Wahl angenommen. Zu § 24 (Abgrenzung der Wahlbezirke) werden die Anträge der Nationalliberalen auf Einführung der Verhältniswahl in Groß-Berlin und anderen großen Wahlbezirken abgelehnt.

Keine Verhältniswahl im Osten

Der Antrag Krichoff (nack.) betr. Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Bezirken in den Ostmarken wird in namensloser Abstimmung mit 253 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Das internationale Rüstungskapital

Der Abg. Eibekum (Soz.) hat folgende kleine Anfrage im Reichstag eingebracht:

Nach übereinstimmenden Mitteilungen Berliner Zeitungen hat in der ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Kommerzienrat Bernhold, ausgeführt:

„Die Beteiligung an einer großen Waffensabrik in Philadelphia ist für vor dem Eintritte Amerikas in den Krieg verkauft worden. Diese Beteiligung war eine kapitalistische und eine faktorielle, d. h. die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben vor amerikanischen Gesellschaft ihre Patente und Erfindungen gegen namhafte Objekten überlassen. Durch die Veräußerung ist der Gesellschaft ein Gewinn von 2 1/2 Millionen Mark entstanden.“

War dem Herrn Reichskanzler die Tatsache dieser Beteiligung bekannt? Was hat er getan, um zu verhindern, daß noch während des Krieges unsere Feinde mit Waffen beliefert worden sind, die unter kapitalistischer und fabrikspezifischer Beteiligung einer reichsdeutschen Firma hergestellt wurden?

Die amerikanische Kriegswille

Nach einer Neutermeldung aus Washington ist die dritte amerikanische Freiheitsanleihe nach den vorläufigen amtlichen Angaben um ungefähr anderthalb Milliarden überzeichnet worden.

Nach weiteren Neutermeldungen aus Washington wurden zur Auffüllung des Mat-Kontingents unter dem Militärdienstgesetz 233 742 Mann ausgehoben. Diese neuen Rekruten werden am 25. Mai in die Übungslager befördert werden. Die Gesamtzahl des Mat-Kontingents zeigt daher auf ungefähr 305 000 Mann. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß die unter dem Militärdienstgesetz eingereichten Soldaten von den Militärbehörden nach allen Teilen der Welt geschickt werden können. Schließlich beabsichtigt der Marine-Sekretär Daniels dem Kongress einen Gesetzentwurf zur Vermehrung der Mannschaften der Flotte vorzulegen.

Der energische Wille der Vereinigten Staaten, den Verbündeten diesseits des Ozeans beizustehen, zeigt sich auch in einer gesteigerten Verfolgung der irischen Freiheitsbewegung. So verurteilte das Bundesgericht in New York den Iren Thomas Welsh zu 1 Jahre Gefängnis, weil er Nachrichten der Sinnfänger-Führer in Irland an einen irischen Agenten in New York übermittelt hatte.

Die Beschießung von Paris

Paris, 12. Mai. Allmählich wird den Pariser klar, was es bedeutet, daß Frankreich im Kriege steht. Die Wirkung der Ferngeschosse wird von allen Seiten immer mehr zugegeben. Ein Augenzeuge berichtet, wie Granaten beim Auftreffen auf ein Gebäude zwei Stockwerke durchschlugen und auf ihrem Wege alles vernichteten. Die Pariser Militärverwaltung hat sich daher veranlaßt gesehen, den in Paris beheimateten Soldaten Urlaub mehr dorthin zu gewähren, damit in der Front über die Wirkung der Geschosse nichts bekannt wird. Die Flucht der Bevölkerung hält an. Auch einige Militärbehörden haben ihren Sitz bereits von Paris verlegt. Die Störungen durch die Beschießungen waren schon Ende März so groß, daß weder Untergrund- noch Straßenbahn regelmäßig verkehren konnte. Auch den Fabriken war es nicht mehr möglich, ihren Betrieb zu bestimmter Stunde zu beginnen. Daher haben viele Werke, die nicht für den Kriegsbetrieb arbeiten, es vorgezogen, zu schließen. So sind allein durch Schließung einer Spielwarenfabrik 200 Leute brodlos geworden.

Französische Industriewerke unter deutschem Feuer

Paris, 14. Mai. Die Schachanlagen und Stahlwerke um Béthune wurden von den Deutschen mit schwerem Kaliber wirkungsvoll beschossen. Im Refektorium des Stahlwerkes Bullongren wurde ein Volkstreff erzielt. Ein weiterer Volkstreff im Refektorium des Schachwerkes drei von Reuz rief eine Explosion unter harter Feuer- und Rauchentwicklung hervor.

Paris, 14. Mai. Die Franzosen fahren mit der Fortführung ihrer eigenen Städte fort. Es wurde Laon am 13. Mai erneut von französischen Batterien beschossen.

Politische Wochenchau

Friedensarbeit

Über O. utschlands O-politik und die Verhandlungen des Hauptauschusses, in denen der Abgeordnete Erzberger zuletzt namens des Reichstags gegen die Ukraine-Politik protestierte, schreibt der „Vorwärts“:

Die Sozialdemokratie hat die drei- und vierwöchigen Verhandlungen mit der Ukraine-Politik von Anfang an bekämpft. Sie bekämpft jetzt die Steuerpolitik im Reich, den Sitzungsverschiebung und die hinhaltende Regierungspolitik in Preußen. Sie hat ferner ihre Entschlossenheit über die Gestalt der Arbeitsamterverteilung

Der Antrag Vorich (Zentrum), wonach bei Veränderung der Wahlbezirke in jeder Kammer eine Stimmmehrheit von zwei Drittel erforderlich sein soll, wird angenommen. Der Rest des Gesetzes über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus wird ohne Erörterung angenommen.

Hierauf wird die Beratung des Verfassungsgesetzes fortgesetzt.

Nach Artikel 7 prüft die Erste Kammer die Berechtigung ihrer Mitglieder und entscheidet über Einsprüche. Gegen die Gültigkeit der Wahlen zum Abgeordnetenhaus entscheidet das Oberverwaltungsgericht. Das Verfahren wird durch königliche Verordnung geregelt. Nach einem Antrag Ludewig (nationallib.) soll das Oberverwaltungsgericht im Reichsjustizministerium entscheiden. Abg. Vorich (Zentrum) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach das Haus selbst über die Wahlfürungen entscheiden soll. Abg. von Kries (link.) beantragt, daß das Oberverwaltungsgericht im Reichsjustizministerium entscheidet und im übrigen das Verfahren durch königliche Verordnung geregelt werden soll.

Der Antrag von Kries wird angenommen. Daburch sind die übrigen Anträge erledigt. Artikel 7 wird mit dieser Veränderung angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Erörterung angenommen.

In der Gesamtstimmung

werden die Wahlrechtsvorlagen gegen die Situations der Fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokratie angenommen. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Vizepräsident Dr. Vorich teilt mit, daß am 8. Juni der Reichsrat zusammentreten wird, um darüber zu entscheiden, wann verfassungsmäßig die neue Session der Vorlagen stattfinden wird.

Nächste Sitzung: Dienstag, 4. Juni.

Etat der Geflügelverwaltung.

Kriegsnachrichten

Eine neue Kriegserklärung

W. T. B. Berlin, 10. Mai. Die spanische Regierung teilte dem auswärtigen Amt mit, daß die Regierung von Guatemala nach einem Dekret vom 30. April sich dem Kriegszustande, wie er zwischen den Unionstaaten und der deutschen Regierung besteht, anschließe.

Gewiß ist diese Entscheidung der zentralamerikanischen Republik vorwiegend unter dem Druck der Wilsonschen Regierung erfolgt. Ob dieser die Bemühungen aber durch gewisse Vorkommnisse in Europa nicht wesentlich erleichtert worden sind?

Der amerikanische Kriegswille

Nach einer Neutermeldung aus Washington ist die dritte amerikanische Freiheitsanleihe nach den vorläufigen amtlichen Angaben um ungefähr anderthalb Milliarden überzeichnet worden.

Nach weiteren Neutermeldungen aus Washington wurden zur Auffüllung des Mat-Kontingents unter dem Militärdienstgesetz 233 742 Mann ausgehoben. Diese neuen Rekruten werden am 25. Mai in die Übungslager befördert werden. Die Gesamtzahl des Mat-Kontingents zeigt daher auf ungefähr 305 000 Mann. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat entschieden, daß die unter dem Militärdienstgesetz eingereichten Soldaten von den Militärbehörden nach allen Teilen der Welt geschickt werden können. Schließlich beabsichtigt der Marine-Sekretär Daniels dem Kongress einen Gesetzentwurf zur Vermehrung der Mannschaften der Flotte vorzulegen.

Der energische Wille der Vereinigten Staaten, den Verbündeten diesseits des Ozeans beizustehen, zeigt sich auch in einer gesteigerten Verfolgung der irischen Freiheitsbewegung. So verurteilte das Bundesgericht in New York den Iren Thomas Welsh zu 1 Jahre Gefängnis, weil er Nachrichten der Sinnfänger-Führer in Irland an einen irischen Agenten in New York übermittelt hatte.

Die Beschießung von Paris

Paris, 12. Mai. Allmählich wird den Pariser klar, was es bedeutet, daß Frankreich im Kriege steht. Die Wirkung der Ferngeschosse wird von allen Seiten immer mehr zugegeben. Ein Augenzeuge berichtet, wie Granaten beim Auftreffen auf ein Gebäude zwei Stockwerke durchschlugen und auf ihrem Wege alles vernichteten. Die Pariser Militärverwaltung hat sich daher veranlaßt gesehen, den in Paris beheimateten Soldaten Urlaub mehr dorthin zu gewähren, damit in der Front über die Wirkung der Geschosse nichts bekannt wird. Die Flucht der Bevölkerung hält an. Auch einige Militärbehörden haben ihren Sitz bereits von Paris verlegt. Die Störungen durch die Beschießungen waren schon Ende März so groß, daß weder Untergrund- noch Straßenbahn regelmäßig verkehren konnte. Auch den Fabriken war es nicht mehr möglich, ihren Betrieb zu bestimmter Stunde zu beginnen. Daher haben viele Werke, die nicht für den Kriegsbetrieb arbeiten, es vorgezogen, zu schließen. So sind allein durch Schließung einer Spielwarenfabrik 200 Leute brodlos geworden.

Französische Industriewerke unter deutschem Feuer

Paris, 14. Mai. Die Schachanlagen und Stahlwerke um Béthune wurden von den Deutschen mit schwerem Kaliber wirkungsvoll beschossen. Im Refektorium des Stahlwerkes Bullongren wurde ein Volkstreff erzielt. Ein weiterer Volkstreff im Refektorium des Schachwerkes drei von Reuz rief eine Explosion unter harter Feuer- und Rauchentwicklung hervor.

Paris, 14. Mai. Die Franzosen fahren mit der Fortführung ihrer eigenen Städte fort. Es wurde Laon am 13. Mai erneut von französischen Batterien beschossen.

Das internationale Rüstungskapital

Der Abg. Eibekum (Soz.) hat folgende kleine Anfrage im Reichstag eingebracht:

Nach übereinstimmenden Mitteilungen Berliner Zeitungen hat in der ordentlichen Generalversammlung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Kommerzienrat Bernhold, ausgeführt:

„Die Beteiligung an einer großen Waffensabrik in Philadelphia ist für vor dem Eintritte Amerikas in den Krieg verkauft worden. Diese Beteiligung war eine kapitalistische und eine faktorielle, d. h. die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken haben vor amerikanischen Gesellschaft ihre Patente und Erfindungen gegen namhafte Objekten überlassen. Durch die Veräußerung ist der Gesellschaft ein Gewinn von 2 1/2 Millionen Mark entstanden.“

War dem Herrn Reichskanzler die Tatsache dieser Beteiligung bekannt? Was hat er getan, um zu verhindern, daß noch während des Krieges unsere Feinde mit Waffen beliefert worden sind, die unter kapitalistischer und fabrikspezifischer Beteiligung einer reichsdeutschen Firma hergestellt wurden?

Unrettungsfähig, vaterlandsparteilich

Berlin, 8. Mai. (Kreuzzeitung.) Eine Reihe „vaterländischer“ Verbände, darunter der Altbayrische Verband, der Ostmarkenverein, der Evangelische Bund und der Unabhängige Ausschuss für den deutschen Frieden, hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der die Vereinigungen folgenden in einer Sitzung vom 15. April einstimmig gefassten Beschlusse übermitteln:

„An den Herrn Reichskanzler mit der Bitte heranzutreten und in gebührender Ehrerbietung der Erwartung Ausdruck zu verleihen, daß die Reichsregierung den Zeitpunkt für gekommen erachten möge, unabweislich den Bestrebungen entgegenzutreten, welche auf dem Boden des sogenannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und auf demjenigen eines Sieges ohne Annexionen und Entschädigungen stehen.“ Die Verbände erachten es für dringlich, an die Reichsregierung heranzutreten, weil sie in den genannten Bestrebungen, ihrer Verfolgung und Duldung, eine Gefahr für die Lebensinteressen unseres Volkes erblicken und weil dieselben geeignet sind, unser Ansehen nach außen und innen, sowie das Vertrauen auf unsere Kraft auf das Äußerste zu gefährden.“

Diese friedensfördernden Scharfmacherflüsse vereinigen fast immer dieselben Mitglieder. Das macht die „Masse“ schon nicht so gefährlich. Lamm bedeuten solche Blütsche auch nicht, daß die — Hintermänner ihren Weigen blühen sehen. Der „Vorwärts“ meint denn auch, daß recht bald bestimmte Tatkraften eine deutliche Sprache reden werden! Wir hoffen dies auch sehr.

Begnabigter belgischer Sozialistenführer

Der zum Tode verurteilte belgische Sozialist Colling ist nach einer Mitteilung an den schwedischen Minister des Innern Stauning nunmehr begnadigt worden. Die sozialdemokratischen Parteien Schwedens und Dänemarks hatten sich bekanntlich durch Stauning an die Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie mit der Bitte gewandt, für die Begnadigung des belgischen Senators für Lütkich einzutreten.

Die englische Arbeit erpart: i für die Iren

W. T. B. Haag, 13. Mai. „Nieuwe Courant“ meldet aus London: Das Mitglied des Kriegsdepartements, der Arbeiterpartei Barnes, sagte in einer Versammlung in Kennington, die Arbeiter sympathisierten durchaus mit den nationalen Bestrebungen der Iren. Auf dem Vereinigten Königreich ruhe eine solche Last, daß man jedes Mittel benützen müsse, um sie zu verteilen. Barnes sprach sich für eine föderalistische Lösung mit lokalen Parlamenten für Irland, Schottland, Wales und England aus.

Keinen Augenblick verborgen

Durch diese Tatsache ist das sachliche Verhältnis der Sozialdemokratie zum gegenwärtigen kurze hinreichend gekennzeichnet.

Die konservative „Kreuzzeitung“ meint dagegen und man tut gut, diese — Äußerung sehr zu beachten: Insbesondere hätte der Abgeordnete Erzberger die Absicht, einen Konflikt hervorzurufen. Dabei lag ihm weniger das Schicksal des Ozeans, vor allem nicht die Ukraine, wie wir schon bei milderer Äußerungen an dem Reichstag gegen die Partei Secretum. Er hatte also solche Meinung gemacht, denn gerade der Reichstag des Reichstages, der doch seine Be-

Wohnungsnot und Reichstag

Die Sitzung des Reichstages am 10. Mai wurde durch die Besprechung der Wohnungsverhältnisse im Anschluß an den Bericht und die Anträge des betreffenden Ausschusses ausgefüllt. Eingehend über die Genosse Göhre die nach dem Kriege unfehlbar eintreffende stärkere Wohnungsnot, die schon jetzt sehr fühlbar ist. Nach dem Kriege werden mindestens 1/2 Millionen Wohnungen fehlen, während man doch den aus dem Felde heimkehrenden Kriegern ein eigenes Heim in besonderen Kriegerheimstätten versprochen hat. Statt dessen lauden jetzt so geradezu frivol zu nennende Pläne auf, ausrangierte Eisenbahnwagen und dreieckige und verlaufte Holzunterstände aus dem Felde in Proletarierwohnungen umzuwandeln. Das müßte die größte Empörung bei allen Feindgegnern auslösen. Auf das energischste müßte verlangt werden, daß Familienwohnbaracken errichtet werden. Denn leider fehlt es an Material und an Arbeitskräften, jetzt schon zu bauen. Man muß aber den rückkehrenden Kriegern ein einigermaßen behagliches mindestens ein menschenwürdiges Wohnen bereiten, da sie in einige Jahre in diesen Wohnungen zubringen werden. Die einheitliche Leitung und Organisation des Wohnungsbaus muß in den Händen des Reiches liegen. Göhre ist jetzt deutscher Offizier. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Frhr. v. Stein erkannte die Richtigkeit der Ausführungen Göhres an und teilte mit, daß Verhandlungen über die im Reichswirtschaftsamt für diese Aufgabe zu schaffende Organisation im Gange sind. Auch den übrigen Anträgen der Kommission, die besonders die Beschaffung von Rohstoffen und Baumaterialien betonten, und die Bereitstellung von 500 Millionen Mark seitens des Reiches sowie die gleiche Summe von den Einzelstaaten und Kommunen forderten, stand der Staatssekretär sympathisch gegenüber. Auch die übrigen Redner beantworteten die Anträge der Kommission. Allerdings kann auf diesem Wege nur Vinderung geschaffen werden. An eine endgültige Lösung des Problems kann in der auf Ausbeutung beruhenden kapitalistischen Gesellschaft nicht gedacht werden.

Genosse Göhre führte am Freitag im Reichstage zu dieser besonders brennenden kapitalistischen Kriegsfrage aus:

Abg. Göhre (Soz.): Nach dem Urteil sachverständiger Männer werden uns nach dem Kriege ungefähr 1/2 Million Kleinwohnungen fehlen. Dazu kommt, daß wir heute garnicht in der Lage sind, dieser Not, die wir deutlich kommen sehen, abzuhelfen; denn es fehlt an Materialien und Arbeitskräften.

Ja, wie stehen heute schon in einer Wohnungsnot, jedoch die Hauswirte Mietsaufschläge von 25-50 Prozent machen. Täglich werden Frauen und Kinder obdachlos, deren Männer und Väter im Felde stehen.

In Magdeburg sind jüngst an einem Tage über 100 Familien, 499 Personen, obdachlos geworden. Nun stelle man sich vor, was werden soll, wenn die Krieger aus dem Felde zurückkehren. Wie will man die Massen unterbringen und zwar gut unterbringen, denn darauf haben die Krieger berechtigten Anspruch. (Sehr richtig! bei den Soz.)

„Jedem Krieger eine eigene Heimstätte,“ das ist den Feindgegnern andauernd verprochen worden.

Nun stellen Sie sich die Enttäuschung, ja die Wut vor, wenn die Feindgegnern statt dessen ein Wohnungselend vorfinden, an das nur zu denken jetzt schon Frauen erregt.

Es werden sich dann Vorgänge abspielen, gegen welche die Barrikadenkämpfe, die nach dem siebziger Kriege in Berlin aus gleichem Anlaß entstanden, sich wie ein Kinderpiel ausnehmen.

Mit allen Kräften müssen wir daher dafür sorgen, daß alles Menschenmögliche schon jetzt zur Herstellung von Wohnungen vorbereitet wird. Der Reichstag muß bei dieser Tätigkeit den Einheitschritt spielen. Manches ist ja anerkanntermaßen in Preußen, Bayern und anderen Bundesstaaten und namentlich auch in vielen Gemeinden geschehen. Aber alles in allem ist das Resultat ein sehr mageres. 30-35 Millionen Mark Staatsgelder sind zur Verfügung gestellt worden. Das sind nur wenige winzige Tropfen auf die allerheißesten Steine, die es zu fühlen gilt.

Daneben haben wir eine Fülle von Verordnungen und Anregungen und ein halbes Duzend Gesetze. Dazu kommt aber ein Organisationswunder, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Zersplitterung aber bedeutet Kältnung aller Kräfte, Verlangsamung aller so dringend notwendigen Aktionen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In

den Einzelstaaten haben wir noch immer den Gegensatz zwischen Verwaltungs- und Finanzminister. Die Finanzminister wollen nichts hören von der Hergabe bedeutender Mittel für Wohnungsbau. Daher ist ein großzügiger Mobilisierungsplan gegen die Wohnungsnot nötig.

eine Organisation aller staatlichen, kommunalen, genossenschaftlichen Kräfte. Diese Arbeit kann natürlich nur eine Stelle leisten, nicht viele neben einander. Die Wohnungsfrage ist längst Reichssache geworden; denn die Wohnungsfrage ist ein Teil des Bevölkerungsproblems.

Die Artelstrafe, die Gesundheit, die sittliche Kraft, die Zeugungskraft und der Zeugungswille der Bevölkerung hängt ab von der Art, wie sie wohnt.

Die Zentralstelle kann natürlich nur das Reichswirtschaftsamt, die ausführenden Organe vor allem die Gemeinde sein. Wir freuen uns, daß der Minister in seiner Erklärung vor wenigen Wochen ausdrücklich den früheren Standpunkt aufgegeben hat, daß das Reich mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat. Freilich, mit der Schaffung eines vorliegenden Rats ist nicht genügend geschehen. 3 bis 4 Jahre nach dem Kriege werden vergehen, ehe die fehlenden Wohnungen da sein können.

Wir müssen daher für diese Zeit für Wohnungserlass sorgen.

Mit aller Deutlichkeit müssen wir das unserem Volk sagen. Was die Ernährungsfrage während des Krieges, kann die Wohnungsfrage nach dem Kriege werden, eine Quelle von bitterem Verzicht auf hundert selbstverständliche Lebensbequemlichkeiten. Wir müssen also für Erleichterungen sorgen und zwar für menschenwürdige. (Sehr richtig! bei den Soz.) Solche Spielereien, wie das Herrichten von 10 000 ausrangierter Eisenbahnwagen zu Arbeiterwohnungen oder das Umwandeln von Holzverblenden, die draußen verrotzt und verlaugt stehen, als Proletarierwohnungen,

ebenso der Vorschlag, die Freizügigkeit einzuschränken — das sind geradezu lächerliche Pläne und Gedanken, die wir auf das leidenschaftlichste bekämpfen.

Zustimmung bei den Soz.) Das würde ja geradezu die Verlängerung der elenden Unterstandseristenz bis in den Frieden hinein bedeuten. Auf das nachdrücklichste warne ich vor solchen Spielereien, um die harmloseste Bezeichnung zu gebrauchen. Auch die Freigabe von Dach- und Kellerwohnungen, die Umwandlung von Läden und Saalräumen, die auch als solche gebraucht werden, die Verschlagung größerer Wohnungen in kleinere, die der hohen Kosten wegen kaum in Betracht kommen, können in keiner Weise der Not abhelfen. Wir legen deshalb den größten Nachdruck auf den Punkt des Antrags: zur ersten Unterbringung Wohnungsloser sind zweckentsprechende Familienwohnbaracken zu errichten, und zu möglichen Prellen zu vermieten.“

Den Hauptnachdruck legen wir auf Familienbaracken. Eine Kardinalforderung ist ferner die rechtzeitige Erstellung der Baumaterialien. Anschließend muß sich dann der Bau der fehlenden Dauerkleinwohnungen

Das Proletariat der Behelfswohnungen darf nur die allernotwendigste Zeit dauern.

Eine organische Wohnungsreform in Gestalt von gefunden ethisch einwandfreien, wenn auch einfachen Wohnungen ist dann geboten. Jedermann muß ein menschenwürdiges Heim haben, das ist der berechtigste Kerngedanke, der Kriegerheimstättenbewegung.

Wohnungspolitik muß ebenso anbauend betrieben werden wie jede sonstige Sozialpolitik.

Diese Forderung ist durch den Krieg zu einer Forderung des ganzen Volkes geworden. Es gilt diese jetzt zur Selbstverständlichkeit gewordene Forderung auch in die Tat umzusetzen. Schmer vermittelte freilich läßt sich heute die Forderung der Bodenreformer nach einem besonderen Heimstättenrecht. Dazu sind die Verhältnisse zu verschieden und die Notwendigkeit der schnellsten praktischen Betätigung aller in Betracht kommenden Kreise zu bringend.

Die Gemeinnützigkeit der künftigen organischen Wohnungspolitik muß freilich unter allen Umständen gewahrt bleiben. Von einer Fesselung der Arbeiter an die Scholle darf keine Rede mehr sein.

Die erforderlichen Geldmittel müssen beschafft werden. Das Privatkapital reicht dafür freilich nicht aus, hat auch z. B. an den Familienwohnbaracken kein Interesse. Hier müssen Reich und Einzelstaaten für die Kosten aufkommen. Ebenso ist der Kleinwohnungskauf sofort nach dem Kriege unrentabel, daher müssen auch hier Mittel der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Reich und Einzelstaaten müssen Bausgeld und Hypotheken zu so billigem Zinsfuß hergeben, daß die Verzinsung des Wertes der neuen Wohnung ohne Forderung zu hoher Mieten ermöglicht ist.

Hat das Reich für den Neubau der Handelsflotte mehr als eine Milliarde zur Verfügung gehabt, so muß mindestens dieselbe Summe auch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Wir fordern, daß das Reich und die Einzelstaaten je die Hälfte dieser Summe aufbringen. Nach der Antrittsrede des Herrn v. Bayer dürfen wir erwarten, daß das Reich jedenfalls bereit sein wird,

namhafte Summen für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Hier liegt ein festerliches und festes Versprechen der Reichsregierung vor. Wir erwarten, daß uns alsbald eine entsprechende Vorlage zugeht. Unsere Anträge enthalten das Mindeste, was gefordert werden muß, um eine schwere Wohnungsnotkatastrophe von unserem Volke fernzuhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Marinefragen im Reichstag

Sitzung vom 11. Mai 1918.

Vom Bundesratsmitglied von Capelle. Auf der Tagesordnung steht der Marine-Etat. Die Kommission beantragt, den Reichstag ersuchen, in den Betrieben der kaiserlichen Marine Dienstverhältnisse einzurichten. Staatssekretär von Capelle:

Wir haben mit dem unbefchränkten U-Boot-Krieg eine sehr starke Seesoffensive gegen die Entente begonnen. Natürlich geht eine so starke Offensive nicht ohne Verluste ab. Aber die Zahl der U-Boote hat sich trotzdem vermehrt. Das gibt uns die sichere Gewähr des Erfolges. Die Verlustungen feindlicher Handelschiffe übersteigen die Neubauten um ein Mehrfaches. Das geben selbst Erklärungen der englischen Minister zu. Es wird auch in einem Aufruf an die englischen Werftarbeiter zugegeben, worin sie zu angestrengtester Tätigkeit aufgerufen werden, „damit die Summen uns nicht zum Verhagern zwingen“. Viel Erfolg scheint der Aufruf nicht gehabt zu haben. Zu den Verlustungen kommt der Abgang von Schiffen, raum durch die Abgänge zufolge von Unfällen und natürlichem Verschleiß und dieser Abgang ist dreimal so groß wie im Frieden. Der englische Premierminister sagte im Unterhaus: „Wenn der Landkrieg verloren gehen sollte, ist der Seekrieg noch lange nicht verloren“. Sollte das englische Volk sich diese Drohung zu eigen machen, so werden unsere U-Boote weiter ihre Pflicht tun. Es ist Vorsorge getroffen, daß nach auf Jahre hinaus keinerlei Lücke in der Ablieferung neuer U-Boote entstehen kann. Wir dürfen daher mit Vertrauen und Zuversicht auf unsere U-Boote sehen; sie werden im Verein mit unserer siegreichen Heere ihr Ziel erreichen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Noch etwas anderes. Nach englischen Berichten ist der englische Marstoch gegen Ostende von Erfolg gekrönt gewesen. Demgegenüber stelle ich fest, daß das englische Sperrschiff aushalb des Fahrwassers gesunken ist, daß infolgedessen der Angriff ebenso wie der erste als mißlungen zu bezeichnen ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hebel (Sozialdemokrat):

Auf die Streitfrage des unbefchränkten U-Boot-Krieges gehe ich nach der Aussprache im Ausschuß nicht ein. Unter den Angehörigen in den besetzten Gebieten besteht eine weitgehende Mißstimmung.

Trotz der besonderen Gefahren und der wirtschaftlichen Nachteile bei der Tätigkeit im besetzten Gebiet erhalten die Bureauangestellten nur 6 Mark täglich.

Davon können sie nicht leben und ihre Familien in der Heimat nicht unterstützen. Die Erwägungen über die Besserstellung dieser Angestellten sollten endlich zum Abschluß kommen. Man sollte diesen Angestellten nicht immer nur mit Worten, sondern auch mit Taten danken. Den Angehörigenauschuss in Standern hat man aufgegeben, angeblich wegen zu schroffen Tonnes in der Eingabe. Daß die Mißstimmung sich schließlich in scharfen Worten Luft macht, ist doch verständlich. Wenn man tüchtige Beamte ins besetzte Gebiet schickt, so hoffentlich nicht solche, wie den Admiralkitätsrat Jentsch, der verlangt, daß die Einheimischen vom Bürgersteig heruntergehen, wenn er dabei kommt; der die Verkaufshändler der Straßenhändler selbst mit dem Fuß vom Bürgersteig auf die Straße schießt und ähnliches.

Wenn das die tüchtigen Beamten sind, kann man sich über Mißstimmung nicht wundern. Auch die Beamten nennen diesen Herrn nur den Herzog von Wida.

Und diesen Herrn hat man als eine ganz besondere Kraft in das Reichsmarinemuseum berufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch bei den Betrieben in der Heimat funktioniert der Apparat des Reichsmarinemuseums bei Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten sehr langsam.

Die Angestellten stehen in bezug auf Familienzulagen schlechter als die Beamten.

Daß ihnen auf die Kriegsteuerzulagen die für Reichleistungen ihnen zustehenden prozentualen Pauschätze angerechnet werden, ist dabei ein bitteres Unrecht, das auch das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 15. Juni 1917 als Unrecht anerkannt hat.

Wir haben endlich auch die Denkschrift über das Hilfspersonal der Werften erhalten. Aber einen wirklichen Einblick in die Verhältnisse gibt sie nicht, über die tatsächliche Arbeitsleistung wird wenig gesagt und die dürftigen Angaben über die Tätigkeitsgebiete sind nicht einmal zureichend. Aber soviel geht aus ihr hervor, daß bei sehr vielen Angestellten von einer angemessenen Bezahlung gar

Kinder der Liebe

Ihr hört den Ruf so schaurig-dang Wie großendes Gemitters. Den weinend-wehen Kinderfang Durch alle Länder zittern.

... Nur Sprossen lockern Bandes ... Wie der Franzose sagt: „Die Kinder des Vaterlandes“, Weil niemand danach fragt.

Wekauend Kinder, klein und groß. Mit Augen feucht von Tränen, Die ewig still und heimatlos Sich nach der Liebe sehnen.

Darum von „Madonnenkindern“ Italiens Mund erzählt; Hat man — die Qual zu lindern — Wohl dieses Wort erwählt?

O Jugend voller Dunkel, eilt In öden flüsternden Gassen, Da haufen sie in Traurigkeit, Von aller Welt verlassen.

... Verbotene Frühlingstriebe ... So fern vom Sonnensicht ... Wir nennen sie „Kinder der Liebe“, Nur fühlen sie es nicht! Elisabeth Eisner.

Krieg und eheliche Moral

Im „Mercur de France“ veröffentlicht ein französischer Arzt, Dr. Huot, eine Abhandlung über „Die Entwicklung des weiblichen Welt- und Seelenlebens im Kriege“. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dem Kapitel, mit dem sich die französische Presse schon lange eingehend unter dem Rubrik „Eheliche Krisen“ beschäftigt. „Als was anfangs, sich diesem Problem zugewandt“, schreibt Dr. Huot, wurde ohne weiteres angenommen, daß die Gefühle der verheirateten

Französinen für ihre an der Front kämpfenden Männer während der drei Kriegsjahre unverändert geblieben seien, ohne daß die lange Trennung irgend einen Einfluß ausgeübt hätte. Ist diese Annahme berechtigt? Manche Frauen haben allerdings in sich eine tiefe und lange unerkannte Liebe entdeckt, die bis dahin unter der Hülle verborgen geblieben war, die gelegentliche Mißverständnisse und die Verstellung im täglichen Leben über die Gefühle geblendet hatten. Wie viele andere aber haben zu ihrem Schmerz erkennen müssen, daß das, was sie für Liebe hielten, nichts war als Gewohnheit, passive Unterwerfung unter die Intimität. Die zwar weder von der Vernunft noch von den Sinnen mißbilligt wurde, an der aber das Herz keinen Anteil hatte, das ihr ganz fremd gegenüberstand. Man muß den verderblichen Einfluß immer häufiger feststellen, den der Krieg auf die Beziehungen der Gatten ausübt. Denkende Soziologen haben bereits jetzt angefangen, über die soziale Krise nachzudenken, die sich nach Beendigung der Feindseligkeiten auf diesem Gebiete unbedingt einstellen muß.

Zur Beleuchtung dieser seiner Ansicht weist der Verfasser darauf hin, daß 85 Prozent der während des laufenden Jahres bei einem Toulouser Gerichtshof anhängig gemachten Klagen Ehescheidungsakten waren. Und ein Frontsoldat äußerte sich zur weiteren Bekräftigung der erwähnten Tatsache wie folgt: „Nach Umfrage innerhalb meines Truppenverbandes bin ich ganz sicher, daß eine ganze Menge der neu an die Front Bekommenen bloß das Kriegsende erwartet, um selber aus nur allzu berechtigten Gründen die Heirat aufzugeben.“ Dr. Huot führt darauf in seinen Betrachtungen fort: „Ich will auf die Fälle nicht näher eingehen, die so unerhörte Untergrabung ehelicher Bindungen zur Folge haben. Ich will es doch beim ersten Zusehen ungläubig, daß die an der Front vollbrachten Heiratstaten eine so unwürdige Betätigung sind. Von all dem schreienden Unrecht, das der Krieg über uns gebracht hat, steht wohl keines in inniger Verbindung mit den gegenwärtigen Zeitverhältnissen als dieses.“ Sodann beschließt der französische Arzt mit der großen Macht der erotischen Instinkte des Menschen im allgemeinen. Und ihrem fast ungehörigen Hervorbrechen in der gefährlichsten Krisenzone im besonderen. Wo „der ähndende Rauch der Granaten nahezu die Wirkung eines aphrodisischen Giftes hervorruft“. Und schließlich erwähnt er die Anwesenheit dieser Instinkte durch die nahe Berührung, die die gemeinsame Arbeit der beiden Geschlechter erzeugt. „Es ist unumstößlich“, schreibt er, „daß die durch den Krieg verursachte soziale Umwälzung die allüberall herrschende Unrechtheit und auch die vollkommene Unabhängigkeit der Frauen von den Männern in gewissen weiblichen Kreisen die Folge

gehabt hat, daß man alle sittlichen Verpflichtungen als aufgehoben betrachtet und um rund heraus zu reden, einen Zustand vollkommener moralischer Anarchie als erotischem Gebiet für gekommen erachtet. Frauen, die vom reinsten Patriotismus befeelt sind und in Stande wären, sich ohne Jögern für die gemeinsame Sache zu opfern, verlieren im Umkreise des Affektlebens jedweden Sinn dafür, daß es noch eine andere Richtschnur für ihre Handlungen geben könne als ihre Lust. Die meisten von ihnen betrachten ihre Feindsitte mit einer stillen Resignation, mit einer von allen Gewissensbissen unberührten Gleichgültigkeit, fast als seien sie die Opfer eines unvermeidlichen Schicksals. Nichts kennzeichnet einen solchen Gemütszustand besser als die allgemein gebräuchliche Redensart, die, auf alles angewandt, zur Erklärung und Entschuldigung für alles dienen muß: „Was wollen Sie, daß man tun soll? Es ist ja Krieg! Ihre Lieberanten ziehen Ihnen das Hemd aus. Ihre Frau betrügt Sie. Das ist eben der Krieg!“ Diese Frauen fühlen sich um so schuldloser je weniger Bedeutung sie ihnen während der gegenwärtigen Zustände eingegangenen Liebesabenteuern belegen. Es gibt welche darunter, die, so widerspruchsvoll das auch klingen mag, die feste Ueberzeugung hegen, daß ihre eheliche Treue mit diesen Dingen nicht das mindeste zu tun habe, so lange nur das Herz nicht beteiligt sei. Und daß ihre Seitenstünge deswegen nicht das geringste auf sich haben, wenn nur das Geheimnis hübsch gewahrt bleibt.“

Soweit der französische Arzt. In Deutschland führte der bekannte Göttinger Theologe Prof. Dr. Meyer auf der soeben abgehaltenen Thüringer Konferenz für Innere Mission in einer öffentlichen Rede u. a. aus:

„Bei Kriegsandrang brachte die äußere Trennung der Ehegatten vielfach eine innere Wiederannäherung. Aber je länger die Trennung dauerte, um so mehr zeigte sich die erschütternde Reife. Viele haben brünnen die Treue vergessen. Viele, die draußen vor der hinter dem Weibe stehenden Macht die Waffen gestreckt haben, kehren als Ruinen zurück. Die erlösende Abnahme der Geburten im Jahre 1917, nur etwa ein Sechstel früherer Jahre, hat ihre Ursache in der als widernatürliche Unfruchtbarkeit zu kennzeichnenden weitverbreiteten Geburtenverminderung. Dazu kommt die Verküchlerung der ohne die Frucht des Vaters aufwachsenden Kinder. So zieht sich uns das Familienleben der Gegenwart auf einer absteigenden Kurve.“

Bestimmungen von manchen recht hohen Geldstrafen für Vergehen gegen die Kriegsgesetze, die Händler in Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen begangen haben. Es ist deshalb schon zu begreifen, daß diese Kreise die ganze öffentliche Bewirtschaftung und Höchstpreispolitik in Grund und Boden verdammen und sich nach freiem Handel sehnen, der ihnen ungemessene Reichtümer einbringen und sie nicht der Gefahr der Bestrafung aussetzen würde. Was schert es diesen Parasiten, wenn die große Masse verhungert, die Hauptsache ist und bleibt für sie ein gutes Geschäft.

Der Kampf gegen den „Kriegssozialismus“ und für den freien Handel setzte vor einiger Zeit recht zaghaft und schlichtern ein. Jetzt aber ertönt bereits in fast allen bürgerlichen Blättern der Ruf nach Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Bei diesem Kampf gegen breite Volksrechte dürfen die „Danziger Neueste Nachrichten“ nicht fehlen. In der Nr. vom 15. Mai druckt dieses Scharfmacherblatt einen Teil einer lobigen Entschuldigungsverordnung der „Vereinigung der niederrheinisch-westfälischen Handelskammern ab, die die Behauptung fertig bringt, daß das Kriegssozialistische System die Ernährung der breiten Masse der Bevölkerung beeinträchtigt. Diesen greifbaren Unfug zu widerlegen liegt nicht in unserer Absicht, denn er tritt so klar in die Erscheinung, daß ihn jeder Leser sofort entdekt und sich sein Urteil über ihn bilden wird. Uns interessiert vielmehr, was die „Danziger Neueste Nachrichten“, die sich bekanntlich auch gegen das gleiche Wahrecht in Preußen erklärt haben, zu der Forderung nach Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung zu sagen haben.

Das Blatt tritt dafür natürlich ein und hat lebhaft Sorge, daß man bei uns allen Ernstes beabsichtigen könnte, mit dem unsinnigen an allen Ecken und Enden zusammengebrochenen System des „Kriegssozialismus“ die Reihe mißglückter Versuche etwa auch noch weiterhin fortzusetzen. Das Experimentieren nach den Methoden einer „Wirtschaftswissenschaft“ mag, so meint das Blatt, gewissen Beuten und Parteien Vergnügen bereiten und das politische Kalkülieren mit ihnen erleichtern, — der nationalen Wirtschaft, und dieser nicht allein, hat es unberechenbaren Schaden gebracht; einen Schaden, der um so schwerer wiegt und um so depressiver wirkt, als wir, wie gesagt, immer noch keine Sicherheit haben, ob und wann dieser „Segen“ von uns genommen wird, um vernünftigen Grundrissen der öffentlichen Wirtschaft Platz zu machen.

Die „Danziger Neueste Nachrichten“ auf dem Kriegspfade gegen die unseres Erachtens im Interesse der breiten Masse sehr notwendige öffentliche Bewirtschaftung zu entdecken, hat gewiß keine Reize, wenn diese schädliche national-liberale Politik dieses Blattes auch niemanden mehr überrascht. Was wir über diese Politik denken, haben wir eingangs klar genug dargelegt. Die breite Masse der zum Lesen der „Neuesten Nachrichten“ verurteilten Abonnenten wissen nun aber auch, daß ihre Interessen in dem Organ nicht nur keine Vertretung finden, sondern direkt bekämpft werden. Und das ist schließlich auch etwas wert.

Großkapitalistische Rüstungen

Im Wirtschaftsleben Deutschlands hat das Großkapital während des Krieges gewaltig an Einfluß gewonnen. Diesen möchte es im Frieden nicht wieder verlieren. Mit aller Macht rüstet es daher, um in kommenden friedlichen Zeiten dem Ansturm der breiten Volksmassen besser widerstehen zu können. Die kapitalistischen Kreise haben erkannt, daß in diesem Kampf die Presse eine wichtige Waffe geworden ist. Sie versuchen daher überall, die Presse in ihre Hand zu bekommen, um so die öffentliche Meinung von ihrem Standpunkt aus zu beeinflussen. Ein großer Teil der Mitglieder der Vaterlandspartei setzt sich aus den Kreisen der Schwerindustrie zusammen. Die sogenannte parteilose Presse vertritt im großen ganzen den Standpunkt dieser reaktionären, kriegshysterischen Kreise. In Danzig u. B. die „Neuesten Nachrichten“, die sich täglich in unsern Eroberungsplänen ergehen, dem Volke aber in seinem Kampfe für die freiheitliche Gestaltung Preußen-Deutschlands in den Rücken fallen.

Das Großkapital ist nicht nur wirtschaftlich unerfänglich. Es versucht immer mehr Zeitungen, die bisher vorzugsweise in fortschrittlichem Sinne geführt wurden, seinem Geiste dienlich zu machen. So berichtet mir vor kurzem, daß die schwerindustriellen Kreise des Westens das bekannte freisinnige Organ

reich gewordenen Dichter Erich der Auslagen, für Miete 4200 Kronen, für Bekleidung, Beheizung, Beleuchtung 21000 Kronen, für Kleiderstücke 1800 Kronen, ferner für Ausgaben an Vergle, für die Kosten eines dem kranken Dichter notwendigen Sandaufenthalts, für eine Einrichtung als Zahnarzt, zusammen 42000 Kronen. Hierauf hat ihr Schönherr bis 1910 etwa 17000 Kronen zurückgestellt, der Rest von 25000 Kronen sei noch unbegriffen. — Die Klage des Schöpfers wurde vom Gericht nicht gleich entschieden, sondern dem Vertreter des besagten Dichters eine Frist von vier Wochen zur Beantwortung der Klage eingeräumt. Es ist anzunehmen, daß Schönherr die leidige Angelegenheit anders sieht als seine frühere Schöpferin. Die Beträge, die Schönherr mit „Glaube und Heimat“, sowie mit dem „Weibsteufler“ verdient hat, wurden in dem Prozeß nicht ausdrücklich genannt, sie gehen in die Hunderttausende

Was ist eine Milliarde? Sie ist daselbe wie tausend Millionen. In gemünzter Gelde dargestellt, ergibt sie eine ungeheure Menge, und eine Milliarde in Gold wiegt die Kleinigkeit von 400000 Kilogramm. Würde man aber eine Milliarde Mark gar in Silber gemünzen, so wäre die Metallmenge groß genug, um die meisten europäischen Völker damit zu ranzern. Aufeinandergepackt würde eine Milliarde Mark in Silber einen Pfeiler von 75 Kilometer Höhe ergeben. Zum Transport dieser Menge würde man mindestens 500 Eisenbahnwagen gebrauchen. Wenn ein Milliarde einen ganzen Berg mit der Hand zählst wolle, und wenn er darin die so große Geschwindigkeit hätte, daß ihm in der Sekunde fünfzig Millionen durch die Finger glitten, so hätte er ununterbrochen sechs Jahre und vier Monate Tag und Nacht zu zählen. Bei einer solchen Arbeitszeit auf acht Stunden müßte er demgemäß 19 Jahre seines Lebens auf die Zählung seines Vermögens verwenden. Weiter würde sich dieses aber, wenn er es sofort in fünfzigjähriger deutscher Kriegsanleihe angelegt hätte, bereits verdoppelt haben, und er würde abermals 19 Jahre lang zählen müssen, nach dem Abzug der zwei Milliarden sich abermals verdoppelt haben würden, so daß er nunmehr weitere 38 Jahre zählen müßte. In diesen Anstrengungen zu zählen begonnen haben würde, müßte ein alter Mann sein, der dann wohl die Unmöglichkeit eingesehen hätte, die Menschensehens überhaupt zu Ende zu zählen. Denn durch die Veranlagung würde das Geld immer mehr werden, und nach dem nächsten Zinsverfall würde sich das Geld mit Rins und nach dem nächsten Zinsverfall verdoppelt haben. Herr Hauptmann kann sich allerdings vorstellen, daß er die zur Reichsbank stromenden Milliarden durch die Eisenbahn nicht eigenhändig in gemünztem Gelde zu zählen

die „Weserzeitung“ aufgekauft hätten. Unsere damalige Voraussage, daß es nicht bei dem Verkauf der einen fortschrittlichen Blätter würde, hat sich erfüllt. In Danzig und Westpreußen war die „Danziger Zeitung“ bisher das einzige Organ, das die Politik der fortschrittlichen Volkspartei vertrat. Der Liberalismus der „Danziger Zeitung“ ist stets sehr gemäßig gewesen. In vielen Fällen unterschied er sich durchaus nicht von der Politik der Nationalliberalen. Dennoch sind die Kreise der national-liberalen Schwerindustrie des Ostens dazu übergegangen, sich auch in diesem Blatt Einfluß zu verschaffen. Wie wir erfahren, sind die Firmen Muskate-Ditschau-Danzig und Venkt-Brandenburg-Mithaber des Zeitungsunternehmens, das eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, geworden.

Die Unabhängigkeit der bürgerlichen Presse schwindet so immer mehr und mehr. Die einzige Presse, die ohne Rücksicht auf die Kreise der Schwerindustrie Scharfmacher die Interessen des Volkes vertritt, ist die sozialdemokratische. Deshalb muß es die Aufgabe aller denkenden Volksgenossen in Danzig und Westpreußen sein, die „Volkswacht“ durch Zuführung neuer Abonnenten immer mehr zu stärken, daß sie erfolgreich den Kampf mit den Organen der Volksfeinde aufnehmen kann.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Die Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer hatte am Sonnabend im Gemeinbehause ihre Mitgliederversammlung. Der stellvertretende Vorsitzende Ludow machte einige geschäftliche Mitteilungen. Der letzte Theaterabend hat für wohlthätige Zwecke einen Ertrag von 200 Mk. gebracht. 14 neue Ortsgruppen sind gegründet worden. Demnächst folgt ein Vortrag des Redakteurs Buchholz über Boden- und Geldreform.

Bauarbeiter-Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes fand am 12. Mai bei Steppuhn statt. Kollege Gehl erstattete den Kartellbericht. In der Kriegszeit hat die Tätigkeit des Kartells bedeutend zugenommen. Seine Vertreter sitzen in verschiedenen Ausschüssen der Preisprüfungsstelle, und im Mieteneingangsamt. Wenn es uns auch nicht gelingt, alle unsere Wünsche zur Anerkennung zu bringen, so haben wir doch gute Arbeit geleistet für die arbeitende Bevölkerung. Einige Eingaben mußten an den Magistrat gerichtet werden. Nach dem Kriege stehen dem Kartell große Arbeiten bevor. Auch an den Arbeiten für die Uebergangswirtschaft werden wir uns beteiligen müssen. Diesen Herbst werden die Stadtverordnetenwahlen von dem Kartell vorbereitet und durchgeführt werden.

Das Arbeitersekretariat hat seine Pflicht voll erfüllt. Mit der Tätigkeit des Kartells und dem Arbeitersekretariat können wir zufrieden sein.

In der Diskussion wendet sich Kollege W o h dagegen, daß das Kartell die Stadtverordnetenwahlen erledigen will. Das Kartell ist nicht berechtigt hierfür Geld auszugeben. Auch halte er es nicht für so wertvoll, daß in den Ausschüssen unsere Vertreter tätig sind. Unsere Wünsche werden wohl dort angehört, aber im übrigen bleibt alles beim alten. Nach einigen Ausführungen des Kollegen H a s wurden als Kartelldelegierten die Kollegen G e h l, K o b u s c h, H a s und W l o c k gewählt.

Zur Beitragserhöhung sprach Kobusch und Haß. Die Unterstützungssätze sind vom Verbandstag wesentlich erhöht worden. In den Monaten Januar und Februar gibt es jetzt auch Erwerbslosenunterstützung, und zwar für 12 Wochen. Wenn sämtliche Ausgaben der Lokalkasse bedeuend gesiegen sind, müsse der Lokalbeitrag um 5 Pf. erhöht werden. Die Versammlung müsse entscheiden, ob die Feldpost abbestellt werden solle. W o s empfiehlt möglichste Sparsamkeit. Die Feldpost braucht den Kollegen im Felde nicht mehr zugeandt werden, weil sie den Kollegen, die eine andere politische Meinung haben, nicht zusagt. Den beherrschenden Stoff könne der Grundstein bringen. Gegen die Erhöhung des Lokalbeitrages um 5 Pf. habe er nichts einzuwenden. Bei er wünscht Sparsamkeit in der Agitation. Der beste Agitator sei der Delegierte auf dem Bau. L i e b n i z ist entschieden für die weitere Zulassung der Feldpost an die Kollegen im Felde. Die Versammlung beschloß gegen eine Stimme die Feldpost weiter zu abonnieren und ins Feld zu senden. Die Erhöhung des Lokalbeitrages wurde einstimmig beschlossen. Die Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen zurückgestellt werden.

Die „Freie Baugenossenschaft zu Danzig“ nimmt ständig an Mitglieder zu. Diese erfreuliche Entwicklung berechtigt zu den besten Hoffnungen. Die Einzahlungen auf Anteile erfolgen regelmäßig. Bis auf einen kleinen Teil, sind die Mitgliedsarten bereits im Besitze der Genossen. Die noch nicht abgeholt sind, können im Bureau des Zimmererverbandes, 4. Damm 7, in Empfang genommen werden. Dort werden auch neue Mitglieder aufgenommen.

Die Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge

wird am Pfingstsonntage mit einer vorausgegangenen kurzen Feier um 12 1/2 Uhr eröffnet werden. Die Ausstellung wird von dem Vaterländischen Frauenverein veranstaltet. Sie wird einen Einblick in den heutigen Stand der Säuglingsfürsorge geben und die Mittel veranschaulichen, die für die Bekämpfung der immer noch allzu hohen Säuglingssterblichkeit zu Gebote stehen. Die belehrenden Vorträge der Ärzte, die fast täglich nach 6 Uhr im kleinen Vortragssaal stattfinden, werden wesentlich dazu beitragen, Frauen und Mädchen über dieses wichtige Wissensgebiet aufzuklären.

Die wissenschaftliche Leitung der Ausstellung hat Herr Kreisarzt Saenisch, die künstlerische Ausstattung Herr Hochschulprofessor Kheps, die Kassengeschäfte Herr Kommerzienrat Bieler und die gesamte Organisation Herr Rechtsanwalt Zander übernommen. Damen des Vorstandes des Frauenvereins werden den Ehrendienst in der Ausstellung versehen. Sie werden an der roten Kreuz-Binde kenntlich sein. An sie sind etwaige Wünsche zu richten.

Die Eintrittspreise sind so niedrig, daß jeder den kleinen Betrag aufbringen kann, um die lehrreiche Ausstellung zu besichtigen. Die Vormittage sind im wesentlichen für die Führung größerer Gruppen, denen sich auch Einzelbesucher anschließen können, bestimmt. Die Ausstellungsgegenstände werden in dem Mittelraum der Sporthalle aufgestellt werden

Groß-Circus-Krone

gestartet zur Zeit in Breslau. Vor dem im Sonnenschein leuchtenden Hauptzelt staut sich vor den Vorstellungen die Menge. Ein Heer von Menschen und abermals Menschen. Alle diese Menschen haben tatsächlich Raum im Circusbau. 5000 Menschen faßt der Circusraum. Es wäre also möglich, die Bevölkerung mancher Ortes miteinander einzuladen, gemeinsam den Circus-Krone zu besuchen. — Die Ankunfts der Krone-Sonderzüge wird noch genau bekannt gegeben. Krone beliebt die sichtbare, unumstößliche Reklame, die durch die Ankunfts und das Auslaufen nach dem Eintreffen den Beweis bietet: Der Circus ist der Groß-Circus, dem sich der Krone Zoo anschließert.

Wintergarten

Die warme Witterung macht einen Aufenthalt im Wintergarten recht angenehm, wozu allerdings die Künstler ihr gut Teil beitragen. Donnerstag begann ein neues Programm, das gute neue Kräfte brachte, wie Alice Karver und Partner, Deutschlands beste Kunstschülerin und der großartige Equilibrist; Ria Alldorf, eine seltene Schönheit, als Vortragskünstlerin; der gemehrte Humorist Bergmann; Geschwister Mercedes, als lebende Propeller; Mia Elliot auf der schwebenden Johnfahrt. Loros Zinnsoldaten amüsieren weiter die Besucher des Wintergartens. Das Programm ist sehr abwechslungsreich. Näheres siehe aus der Anzeige.

Das Kurhaus und die Strandhalle Bräsen sind eröffnet und bieten vorzügliche Erholungsorte für die Strandbesucher. Bei der herrlichen Witterung ist ein Besuch des Badeortes Bräsen sehr zu empfehlen. Der Kurhauspächter, Herr Sobel, hat für die drei Pfingsttage Nachmittagskonzerte vorgesehen.

Für den Fortschritt der Technik legt ein Instrument Zeugnis ab, das im Restaurant Wollschlucht, Portschaffengasse 4, aufgestellt gefunden hat. Es ist ein elektrisches Piano mit Mandoline, das von dem Musikhaus Paul Jäschke, Hundegasse 112, bezogen wurde. Der jetzige Besitzer, Herr Wisjoki, ladet in einem Inserat zur Besichtigung ein.

Wird die Brotkrone gekürzt?

Das ist die Frage, die jetzt in weiten Kreisen der Bevölkerung große Besorgnis auslöst. Wir mußten im vergangenen Jahr eine Kürzung der Brotkrone ertragen, aber damals suchte man durch eine Fleischzulage einen Ausgleich zu schaffen. Jetzt besteht nun die begründete Befürchtung, daß die Fleischration nicht erhöht, sondern ebenfalls herabgesetzt wird. Leichten Herzens schaut man daher den kommenden Wochen nicht entgegen. In einer außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte die Sozialdemokratie beantragt, der Magistrat möge beim Kriegsernährungsamt dahin wirken, daß die Brotkrone nicht verkürzt werde. Der Oberbürgermeister Wermuth gab darauf eine Erklärung ab, der wir folgende Sätze entnehmen:

Aus Mitteilungen, die die Regierung den Volksvertretern gemacht hat und die Ihnen bekannt sind, ist zu entnehmen, daß eine Herabsetzung der Brotkopfmenge für kurze Zeit und in gewissen Grenzen nur für den äußersten Notfall in Frage kommen kann, wenn die Zufuhren aus der Ukraine den berechtigten Erwartungen nicht entsprechen. Ich persönlich bin von amtlicher Stelle dahin unterrichtet worden, daß deutscherseits alle Vorkehrungen getroffen worden seien, die vertragsmäßig vereinbarte Getreidemenge rechtzeitig von der Ukraine zu bekommen. Einige Transporte sind auch bereits angelangt, auf den Rest ist mit Sicherheit zu rechnen. Ob er aber zeitig genug eintreffen wird, um eine vorübergehende Minderung der Brotverteilung unnötig zu machen, läßt sich nicht übersehen. Es ist anzunehmen, daß die Entscheidung hierüber in sehr naher Zeit erfolgen wird. (Zuruf: Am 15. Mail) Der Magistrat hofft, die Entscheidung werde dahin fallen, daß man von der Herabsetzung absehen oder sie so lange als möglich hinausschieben oder in ihrem Geltungsbereich beschränken wird. Wenn es durchaus nicht anders angängig ist, so muß ein vollwertiger Ersatz durch andere Nahrungsmittel geschaffen werden.

Der Berliner Oberbürgermeister tröstet und pflanzt noch Hoffnungen auf. Leider wurzelt der Glaube an ihre Erfüllung in der Bevölkerung nicht allzu tief. Diese fordert aber dringend, daß man angesichts der drohenden Verminderung der Brotkrone die Verteilung von Gemüse, Frühobst und Frühkartoffeln in einer Weise regelt, die der nothleidenden Bevölkerung gerecht wird. Der Ersatz durch andere Nahrungsmittel darf auch nicht nur ein Versprechen bleiben, er muß zur Tatsache werden. Denn mit verringerter Brotkrone ist unter den jetzigen Verhältnissen nicht auszukommen, das müßte man einsehen. —

Abgabe von Lebensmitteln

Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Kartoffel- und Lebensmittelfahrgänge für Leute über 60 Jahre erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Milchverfälschungen. Ueber Milchverfälschungen wird wiederum Klage geführt und zwar soll die Milch in gewässertem Zustande bereits nach Danzig geliefert werden. Eine schärfere Ueberwachung wird in die Wege geleitet. Vollmilch darf nicht mit Wasser gemischt werden, auch wenn der Fettgehalt ein guter ist. Die Herabsetzung des Fettgehalts, den Vollmilch haben muß, hat hieran nichts geändert, wie zumeist angenommen wird. Früher durfte unverfälschte Vollmilch, die einen geringeren Fettgehalt als 2,7 Prozent haben sollte, als Vollmilch nicht in den Verkehr gebracht werden, was jetzt unter Umständen zugelassen wird. Doch dürfte es kaum Milch geben, die unversehrt einen so geringen Fettgehalt besitzt, um so notwendiger ist die Prüfung, ob der Fettgehalt durch Vermischung vermindert worden ist.

Teurer Frühlingslieder. Sogar die duftende Schönheit des Frühlings ist nicht vor wucherlicher Preisgier gesichert geblieben. Wen erfreute nicht die Blütenpracht und der Duft des bekannten Fliederes. Dieses herrliche Geschenk der Frühlingsgötter wird aber nur zu vielen seiner Freunde unahbar. Ein garnicht starker Strauß kostet schon 50 bis 75 Pfennig! Dieser ungehörliche Preis kann doch wahrlich nicht mit den für solche Fälle sehr beliebten höheren Erzeugungskosten entschuldigt werden. Würden Höchstpreise für dieses duftige Geschenk der Natur festgelegt werden, so würde es wohl gar aus dem Frühlings verschwinden. Mangelnder anderer Vorleser scheint dies allein die Wirkung der Höchstpreise zu sein.

Aus Westpreußen

Emaus-Hölle. Ueber die Butterversorgung in Emaus kommen viele Klagen. Die Butter wird beim Züwiegen so übermäßig in Papier gehüllt, daß die Verpackung 15 Gramm wiegt. Das ist eine ungerechte Verfürgung der Buttermenge. Wo mag die durch das Rindergewicht erzielte Butter bleiben?

In Hölle kappt die Fleischversorgung nicht. In mancher Woche gibt es gar kein Fleisch, oft fast nur Knochen. Dabei ist den Leuten bekannt, daß der Viehhandelsverband Schweine von 160 Pfund an einzelne Personen abgegeben hat. Das Pfund Fleisch soll mit 70 Pf. bezahlt worden sein. Wie ist das nur möglich?

Der Kampf ums gleiche Wahlrecht

Graudenz. Zu einer imposanten Kundgebung für das gleiche Wahlrecht gestrahlte sich die am Mittwoch tagende öffentliche Versammlung im Lokale „Zum goldenen Anker“ in Graudenz. In 1 1/2 stündigem Vortrage schilderte Genosse W. Krüger, Danzig, den gegenwärtigen Stand der Wahlrechtsfrage. Ausgehend von der Tatsache, daß es nicht das erste Mal sei, wo dem Volke politische Freiheiten verheißener wurden, daß das gleiche Wahlrecht nach der Märzrevolution 1848 bereits Gesetz war, bespricht Redner in ausführlicher Weise die Justizkommission und die am 5. Dezember dem Landtage unterbreitete Regierungsvorlage. Wenn auch das gleiche Wahlrecht von der Regierung gefordert wird, so sind doch auch eine Menge Verschlechterungen in dem Regierungsentwurf. Mit keinem Worte werden die Großtaten der Frauen erwähnt. Sie sollen weiter rechtlos bleiben. Keine Aenderung der Wahlkreiseinteilung, aber Heraushebung des Wahlalters von 24 auf 25 Jahre. Verlängerung der Aufenthaltsdauer im Wahlbezirk, Erweiterung der Staatsrechte des Herrenhauses, dies sind die wesentlichsten Merkmale der Regierungsvorlage. Selbst dieser so beschriebene Entwurf ging den Volksfreunden um Herdebrand und Bohmann schon zu weit. Nach deren Auffassung ist das Volk eine politische Masse, der man das gleiche Wahlrecht nicht gewähren darf. Ein Mehrstimmenwahlrecht, das den Kriegswüterer bevorzugt, den feldgrauen Soldaten aber politisch entrechtet, ist nach deren Meinung das zweckentsprechendste. Nachdem in der zweiten Lesung das gleiche Wahlrecht fiel, war wenig Aussicht vorhanden, es in der dritten Lesung durchzubringen. Mit Hilfe von „Sicherungen“ glaubte das Zentrum in letzter Stunde den Wahlrechtsfeinden die Regierungsvorlage schmackhafter zu machen. Wer jetzt noch glaubte daß es dem Zentrum wirklich ernst um die Erringung des gleichen Wahlrechts sei, ist durch diese Sicherungsanträge wohl eines besseren belehrt worden. Eine Wahlkreiseinteilung nach der Volkszählung von 1858 soll durch diese Anträge ver-

ewirkt worden; wie auch alle weiteren Anträge beweisen, daß es dem Zentrum um die Sicherung ihrer Kulturpolitik zu tun ist. Sicherungen gegen den Fortschritt. Die dritte Lesung hatte eine Situation geschaffen, wie sie in der Geschichte der preussischen Verfassungskämpfe noch nicht zu verzeichnen war. Das gleiche Wahlrecht abgelehnt, das Mehrwahlrecht abgelehnt und auch der Antrag Bohmann, der zwei Zusatzstimmen vorsah, fand keine Gnade. Eine Wahlreform ohne Wahlrecht, das ist das Ergebnis der dritten Lesung.

Zu wiederholten Malen hat die Regierung erklärt, daß alle verfassungsmäßigen Mittel angewendet werden sollen. Hier hätte die Regierung ihren Worten die Tat folgen lassen müssen. Sofort muß der Landtag aufgelöst werden. Jetzt soll das Haus der geborenen Gesetzeshemmer angerufen werden. Unter diesen Umständen schwindet das Vertrauen zur Regierung. Der Wahlrechtskampf ist nicht beendet, eine neue Phase hebt an. Das gleiche Wahlrecht und kein anderes kann das Ziel und Ergebnis dieses Kampfes sein.

Eine Resolution die den Kampf ums gleiche Wahlrecht mit allen Mitteln festlegte, fand einstimmige Annahme.

Aus der Partei

Zur Förderung der sozialdemokratischen Friedensbestrebungen gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beträge ein:

Elbing 182,52 Mk., Danzig-Land 67,20 Mk., Danzig-Stadt 103,90 Mk., Zoppot 5,00 Mk., Graudenz 38,90 Mk., Pr. Friedland 5,20 Mk., Bezirksvorstand 16,75 Mk.

Weitere Beträge nimmt entgegen:
Der Bezirksvorstand der westpreussischen Sozialdemokratie in Danzig, 4. Damm Nr. 7.
J. M.: J. U. Gehl.

Aus aller Welt

— Wie sie ihr Geld vergeuden. Im Repräsentationshause zu Prag wurde kürzlich eine Spielhölle ausgedehnt. Die Frau eines unglücklichen Spielers hatte die Anzeige erstattet, daß ihr Mann in einer Woche 60 000 Kronen verloren hatte. Der Portier, der für seine Tätigkeit täglich 30 Kronen erhielt, ließ nur diejenigen ein, die das täglich wechselnde Stichwort kannten. In einer der letzten Nächte kante ein junger Mann an der Tür, der sich in Begleitung einer Dame befand und das richtige Stichwort angab. Als der Portier die Tür öffnete, drängten die im Hintergrund wartenden Geheimpolizisten nach, überwältigten den Portier und drangen in den Spielsaal ein. Hier wurde an sieben Tischen Bakkarat gespielt. Der Saal war hell erleuchtet, aber die Fenster durch Vorhänge abgedunkelt. Die Polizei besetzte sämtliche Türen, die Treppen und

Ausgänge und nahm insgesamt 67 Personen fest, darunter zahlreiche Damen und Mitglieder der sogenannten besten Gesellschaft. Sogar aus Wien haben sich einige leidenschaftliche Spieler eingefunden. Die Namen derjenigen Personen, die sich durch Willkürpapiere auswiesen, wurden sofort ihren militärischen Erfahrungsdaten übermittelt, die die betreffenden Herrschaften sofort einsehen dürfen. Um sich von den Strapazen des Spiels erholen zu können, stand den Besuchern eine reichhaltige Speisefarte zur Verfügung, natürlich zu Kriegspreisen. In der Küche wurde die ganze Nacht über stetig gekocht und gebraten. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß sich der tägliche Umsatz der Bank auf über 200 000 Kronen belief. An Kartengeld kamen in verhältnismäßig kurzer Zeit an 17 000 Kronen ein. Unter den Spielern befanden sich einige schwerreiche Leute, die sich selbst große Verluste leisten konnten. So hat ein tschechischer Großgrundbesitzer allein einige hunderttausend Kronen verloren. Man nimmt an, daß diese Spielhölle nicht die einzige ist, in der man in Prag sein Geld loswerden konnte, weitere Ermittlungen der Polizei sind im Gange.

— Die hübschen Käfer aus dem nördlichen Lebensmittelam. Die Strafkammer von W.-Glabach verhandelte in letztmündiger Sitzung gegen 42 Angeklagte, zumeist Hilfschreiberinnen vom nördlichen Lebensmittelamt, die sich Lebensmittelkarten angeeignet und darauf Fleisch, Brot, Butter, Eier usw. entnommen hatten. Bei den Verhandlungen war die Frage von wesentlicher Bedeutung, ob die Hilfschreiberinnen Beamtinnen sind oder nicht. Da sie vereidigt waren, stand der Staatsanwalt auf dem Standpunkt, daß sie Beamteneigenschaft hätten. Wenn das der Fall gewesen wäre, hätte es sich bei der „Entnahme“ von Lebensmittelkarten um Amtsunter-schlagung gehandelt und diese hätte mit einer Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis bestraft werden müssen. Der Staatsanwalt beantragte denn auch bei einer ganzen Reihe von Angeklagten demgemäß. Das Gericht stellte sich aber auf einen anderen Standpunkt und kam nur zu Geldstrafen von 10 bis 300 Mk. Nur eine Angeklagte erhielt 4 Wochen Gefängnis; fünf wurden freigesprochen. Gegen den Oberstaatssekretär Trapmann, der ebenfalls Karten unbefugt benutzt, konnte nicht verhandelt werden, weil er zum Seeresdienst eingezogen ist. Untersuchungsrichter Dr. Schwarz berichtete über die Vernehmung eines Zeugen Sieben, der ausgesagt habe, er habe gelegentlich Trapmann auf dessen Bureau besucht und habe zu ihm geäußert: „Sie haben hier aber viele schöne Mädchen sitzen“, worauf Tr. erwidert habe: „Des ist alles mein Reich“. Tr. habe dann auf einen Knopf gedrückt, worauf eine junge Dame erschienen sei. Tr. habe zu dem Reuten geäußert: „Ist das nicht ein netter Käfer!“ Zeuge sei ganz verlegen geworden und habe nichts erwidern können, worauf Tr. das Mädchen in seiner Gegenwart in den Arm genommen und geküßt habe (Große Heiterkeit. Der Vorsitzende bricht mit Räumung des Publikums.) Darauf habe Tr. nochmals geklingelt und mit dem alsdann erschienenen Mädchen das gleich getan.

— Für 25 000 Mark Stoffe und Blumen gestohlen. In die Geschäftsräume der Berliner Blumenkonfektion von Blum u. Volkher im zweiten Stock des Hauses Romanbantenstraße 18 brachen Diebe ein. Sie hoben eine schwere, eisenbeschlagene und durch gute Schloßer und Querlatten gesicherte Tür aus den Angeln, bogen die Stangen auseinander, stellten die elektrische Leitung ab, suchten für 14 000 Mark Crepe-de-chine und für 11 000 Mark fertige Blumen aus und entluden unangefochten mit der Beute.

**Arbeiter und Parteigenossen!
Agitiert für die Volkswacht!**

Groß-Circus Krone

dessen Gastspiel in Danzig durch das Fehlen eines zur Benutzung freien Platzes in Frage gestellt war, wird nunmehr doch mit seinem weitzügigen Spielplan: Kunst, Wissenschaft, Sport und Vergnügen die Danziger zu erfreuen Gelegenheit haben. Dem Entgegenkommen der Militär-Behörde ist das Zustandekommen dieses Gastspiels zu danken. Dem geachteten Direktor Carl Krone wurde das Gelände am Karrenwall zur Verfügung gestellt. Hier ist gerade genug Raum, das Hauptzuschauerzelt von ungefähr 60 Meter im Durchmesser und einen Vorbau von 10 Metern mit den Stal-lungen von je 80 Metern Länge aufzubauen und noch Platz für die 82 Circuswagen und zwei selbstfahrenden Lokomobilen zu lassen. In diesem grössten Zuschauerraum mit der technisch besten Anordnung der Sitzbank-Einrichtung, den überdachten Not-Ausgängen, dem unbedingt Sicherheit bietenden Zwinger bei der Vorführung der Raubtiere, finden 5000 Personen gemütlich Gelegenheit. Stehplätze gibt es im Circus Krone nicht. Die Höhe dieses Zeltes beträgt 20 Meter und ermöglicht es, einen Apparat in dieser luftigen Höhe anzubringen, an welchem Hochturnkünstler Flüge und Fänge, waghalsig und lustig zugleich, ausführen werden. In kleinen Circusen läßt sich diese Lustarbeit nicht ausführen. Wir haben mit diesem Tatbestand also wiederum einen Beweis, dass sich der Circus Krone mit Recht „Gross-Circus“ nennt. Zum Transport des Millionen-Reichtums an lebenden Tieren und totem Material sind stets zwei Sonderzüge erforderlich. Das Eintreffen dieser Circus-Züge wird noch genau bekannt gegeben, um mit dem Ausladen und dem Transport der vielen Circuswagen und der kostbaren exotischen Tiere wiederum einen sichtbaren Beweis von der Bedeutung des Circus Krone zu erbringen. Die 10 Elefanten werden vor allen Dingen die Aufmerksamkeit auf sich lenken. Sie müssen, unterstützt durch die Lokomobilen und die Zugpferde die Kraft hergeben, die Wagen zum Platz am Karrenwall zu schaffen. Viel wird es zu sehen geben und viele Arbeit wird bis zur ersten Vorstellung in Danzig zu leisten sein. Gerade die arbeitende Klasse, die Schwerarbeiter, denen der Gross-Circus Krone auch nach dem Tageswerk Zerstreung und Vergnügen bringen will, gerade sie verstehen emsige, unermüdliche Arbeit, um das Unternehmen durch den Krieg zu bringen, wohl zu würdigen. So steht es zu hoffen, dass diese Schwer-Arbeit des Circus Krone ihres Lohnes wert erachtet und das bevorstehende Gastspiel in Danzig reiche Erfolge aufweisen wird.

**Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge
Sporthalle.
Von Sonntag, den 19. Mai bis 2. Juni
geöffnet von 9-7 Uhr.
Eintrittskarten 50 Pfg.
Kinder in Begleitung Erwachsener 25 Pfg.
Dauerkarten 3.- Mk. 156**

Abgabe von Lebensmitteln.

1. Von Dienstag, den 21. bis Sonnabend, den 25. Mai:
Auf die Marke 33 der Kartoffelkarte Nr. 28 — 4 Pfund und auf die Marke 34 der Kartoffelkarte 3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.
2. Von Mittwoch, den 22. bis Sonnabend, den 25. Mai:
a) Auf die Marken 25 und 26 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 23 und 24 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mühlenzerzeugnisse.
b) Auf die Marken 27 und 27 K der Danziger Lebensmittelkarten und auf die Marken 24 und 24 K der Lebensmittelkarten der Nachbargemeinden je 1 Päckchen deutsche See, zu dem auf den Päckchen aufgedruckten Preise.
c) Auf die Marke 28 und 28 K der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 25 und 25 K der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 250 Gramm Oberrindfleisch zum Preise von Mk. 3.10 für das Pfund.
d) Auf die Marke 15 der Danziger Lebensmittelkarten für Leute über 60 Jahre und auf die Marke 12 der Lebensmittelkarten für Leute über 60 Jahre in den Nachbargemeinden je 1 Päckchen Tomaten zum Preise von 1.40 Mk. Die aus der vorigen Verteilung übriggebliebenen Restbestände an Delfarbinnen können zum Preise von 1.50 Mk. für die Päckchen gegen Abgabe der jetzt aufgemessenen Marken veräußert werden.
Die Waren sind in den Bezugsstellen, bei denen die Anmeldung der Bezüge von Mühlenzerzeugnissen erfolgt ist, erhältlich.
Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverszüglich einzureichen.
Danzig, den 16. Mai 1918.

Der Magistrat.

Elbing Nährmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

- für die Woche vom 20. bis 26. Mai 1918
- Montag:** 7 Pfd. Kartoffeln (Kartoffelkarte für die Woche vom 20. bis 26. Mai 1918).
- Dienstag:** 1/2 Pfd. Auslandsweichtshäuerkraut (Nährmittelkarte)
1/2 Pfd. Auslandsweichtshäuerkraut (Zusatzkarte für Schwer- und Schwerstarbeiter)
- Mittwoch:** 1/4 Pfd. Roggenkraut (Kinderzusatzkarte)
- Donnerstag:** 1/2 Pfd. Grütze (Nährmittelkarte)
- Freitag:** 1/2 Pfd. Runkelrübe (Nährmittelkarte)
- Sonnabend:** 1/2 Pfd. Grütze (Zusatzkarte für Schwer- u. Schwerstarbeiter).
- Freier Verkauf von Knochenbrühen, Knochenextrakt, Qualitäts-Extrakt, Kindersüßholz und Nährhefe.
Elbing, den 16. Mai 1918.
Magistrat — Ernährungsamt.

Notizbücher, Feldpostkarten, Kartenbriefe, Tintenstifte, Briefpapier, Schulhefte

kaufen Sie sehr vorteilhaft in der
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

...ung der Reichsversammlung werden...
...der politischen und militärischen Leitung vollkommenen
...Ansprüche besteht. Das ist auch unser Wissen der Fall.
...Neben des großen Ganzen. Das die Sozialdemokratie
...bei solchen Verhältnissen stets hilflos ist, bedarf keiner be-
...sonderen Erwähnung.

Friedenskultur und Kapitalismus

Immer stärker wächst auch in den nicht zum Proletariat
zählenden Kreisen unter dem Druck der Kriegserfahrung die
Überzeugung, daß der Kapitalismus sich mit Volkswohlfahrt
und Kultur nicht verträgt. Für uns Sozialdemokraten ist es
besonders ehrenvoll, daß Männer, die in der deutschen Geistes-
welt einen anerkannten Ruf besitzen, in steigendem Maße
öffentlich gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus
Zeugnis ablegen. Wir haben schon in einem kurzen Auszuge
mitgeteilt, was der Professor Walter Schücking aus Marburg
in der Osternummer der „Leipziger Abendzeitung“ über die
Notwendigkeit des Sozialismus geschrieben hat. Schücking ist
einer der besten deutschen Kenner des Völkerrechts. Seine
Osterworte sind so wertvoll, daß wir sie nachstehend unverfälscht
folgen lassen:

„Ich erwarte von dem Friedensschluß eine ungeheure
Reaktion zugunsten des Rechts. Als man das Elend über-
haupt, das der aus religiösem Fanatismus geborene Dreißig-
jährige Krieg über Deutschland gebracht hatte, war der oberste
Gedanke der: „niemals wieder“. Und man suchte durch recht-
liche Normen ein friedliches Nebeneinander der Konfessionen
in Deutschland zu sichern. Man ging dabei so weit, daß fortan
selbst die Spruchbehörden des obersten Reichsgerichts, ja die
Feldherrnstellen in der Reichsarmee paritätisch besetzt sein
mußten. Das befehlen wir heute und müssen doch dem West-
fälischen Frieden Dank wissen, daß er durch seine Rechtsätze
den Konfessionen das Gefühl der Sicherheit voreinander gab
und ein friedliches Miteinander ermöglichte. Was damals
der Konfessionalismus in Deutschland gesündigt hatte, hat jetzt
der überhöhte Nationalismus in Europa zumege gebracht. Des-
halb wird man abermals seine Zuflucht nehmen zur Idee des
Rechts und in einem Völkerbunde Instanzen schaffen, die für
den rechtzeitigen friedlichen Ausgleich internationaler Konflikte
Sorge zu tragen haben. So wird das Völkerrecht aufzuerstehen
wie der Phönix aus der Asche. Ein neuer Geist wird der
Träger der neuen Ordnung sein. Der Respekt vor dem Geiste
wird verfallen, weil man weiß, wie die großen Vermögen
in Kriege gemacht worden sind, während Millionen schuldlos
verarmten. Die vermögenslosen Studierten werden einsehen,
daß ihre Interessen denen der Arbeiterklasse näher verwandt
sind, als denen der Kapitalisten. Der Absatz der Intellektuellen
wird dann dem Kapitalismus verhängnisvoll werden. Und
mit der Hochblüte des Kapitalismus wird der Geist des Im-
perialismus zu Grabe getragen werden, der heute noch bereit
ist, Hunderttausende von Menschenleben für den Erwerb von
Land und Bodenschätzen einzusetzen. So wird man wieder
zu der Einsicht zurückkehren, daß der Mensch das Maß aller
Dinge da ist, daß jedes Menschenansehen etwas Einzigartiges
und darum Göttliches ist und daß der Gedanke der Menschheit
niemals wieder so geschändet werden darf wie heute.“
Wie das hohe Lied der Menschheit klingt dieses Bekenntnis
des deutschen Professors gegenüber den Eroberungs- und
Vernichtungs-Verbindungen der professoralen Vertreter der
„Vaterlandspartei“.

Abschluß des deutsch-französischen Gefangenen- Abkommens

Berlin, 10. Mai. Amisch. Die auf Grund der Berner
Konferenz zwischen den deutschen und französischen Delegierten
am 26. April 1918 geschlossenen Vereinbarungen über Kriegs-
gefangene und Zivilpersonen sind von beiden Regierungen ge-
billigt worden. Die Vereinbarungen werden am 15. Mai
in Kraft treten. Der Wortlaut wird demnächst veröffent-
licht werden.

Die rumänische Regierung zum Friedensschluß

B. L. B. Bukarest, 8. Mai. Die rumänische Regierung hat
Anlaß des Friedensschlusses an die Bevölkerung im besetzten und
besetzten Gebiet folgende Rundgebung erlassen:
Der Frieden wurde heute 12 Uhr mittags geschlossen. Er
trägt den Namen „Frieden von Bukarest“. Alle Fragen, die zwischen
Rumänien und einem der Staaten, mit denen es sich im Kriege
begegnet, Streitigkeiten waren, sind erledigt. Die normalen Beziehungen
mit diesen Staaten werden wieder aufgenommen und das Land
wird wieder in die Neutralität ein. Hindernisse, die einer friedlichen
Entwicklung im Wege standen, sind endgültig beseitigt und
Rumänien kann nun im Schutze seiner von Kriegen unangefassten
Rechts verfassungsmäßigen Einrichtungen ans Werk gehen, um
die Spuren des Krieges zu beseitigen, und den durch den Frieden
geschaffenen Zustand zu befestigen.

Landsdowne für Verständigungs-Politik

London, 10. Mai. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet
London: Am Mittwoch hielt Lord Landsdowne im Ober-
haus während der Friedensdebatte eine Rede, in der er mit
Bedeutung betonte, daß ein durch Verhandlungen erzielter Friede
der einzige Weg ist, um den Krieg ehrenvoll und sicher zu Ende
zu bringen. Die einzige Alternative wäre der Knock out blow,
wobei man hätte vorher sagen, wann, wem, wer und um
welchen Preis dieser Schlag zugesagt werden würde. Landsdowne
vertrat die Idee eines anders geschlossenen Friedens entschieden
und protestierte dagegen, daß mögliche Unterhändler im
Frieden die Politik verschweigen würden, ehe sie noch Gelegenheit
hätten, ihre Bedingungen zu nennen. Ferner protestierte
gegen, daß vernünftigen Menschen verborgen werden, den
Frieden aufzumachen, nur weil sie glauben, daß ein Frieden durch
Verhandlungen möglich wäre. —
Hiernach scheinen auch die englischen „Vaterlands-
partei“ einen fürchterlich großen — Mund zu haben.

Burian auf der Friedens-Linie

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ äußerte
der russische Außenminister, Baron Burian, in der
Anfrage des Budapester Bürgermeisters Borogy über
den Frieden u. a. folgendes:
„Der Friede hat nicht die Friedensbedeutung ausgenutzt,
die man sich wünscht. Die Gewalt hat zu suchen,
die einen Sieg zu erringen, verstanden. Die
Frieden zu schließen. Wir sehen loszulegen auf der

...chenslauer, ohne uns an gewis...
...zu wollen. Burian anschließend Nachbauer hat uns die bisher gen
...Gefolge gebracht. Ich wünsche, daß wir in der einen Hand
...das Schwert, in der anderen den Dolch zu halten.“

Obwohl Baron Burian vorsichtigerweise erklärt hat, sich
an „gewisse Einschränkungsformeln“ nicht binden zu wollen,
wird er doch nicht dem Jorn der Mitdeutschern entgegen. Wir
sehen im Geiste schon ganzwillige Ankerer in der „Deutschen
Zeitung“: Nieder Czernin, lehre zurück, es ist alles vergeben
(B. 127 a.)

Deutschland

Der Sieg von Zwickau

Zwickau, 13. Mai. Bei der heutigen Reichstagsersah-
mahl im Zwickauer Wahlkreis sind nach dem bisher vorliegen-
den Ergebnis abgegeben: Für Meier (Sozialdemokrat) 12 433,
Klug (nass. Arbeiterpartei) 6096, Hebert („Unabhängiger“) 5036,
Braun (mittl. Stände) 102 Stimmen. Die Wahl Meiers dürfte
ohne Stichwahl gesichert sein, da nur noch einigere Orte
fehlen.

Zur Zwickauer Katastrophe der „Unabhängigen“

schreibt der „Vorwärts“:
„Für die Parteipolitik aber steht die Wahl in Zwickau-
Crimmitschau als neues Strafgericht der Wähler, als neue Kata-
strophe. Nach Spandau-Ordnung und Niederbarnim die dritte
Jede Reichstagswahl ist es jetzt für die „Unabhängigen“ schlicht-
weg vernichtend ausgefallen. Wird man dort endlich aus den Tat-
sachen lernen?
Aber auch im Kampfe gegen die Eroberungspolitik und Re-
aktionäre aller Färbungen bedeutet die Wahl einen vollen Sieg.
Wiederum zeigt sie unzweifelhaft, daß die Masse der Wähler nicht bei
den Länderverstärkungen und Kriegsverlängerern steht, deren Kandi-
dat Klug; nicht minder kläglich abgelehnt hat wie der „Unab-
hängige“, sondern bei der sozialdemokratischen Friedens- und Frei-
heitspolitik. Und den Herren im preussischen Dreiklassenparlament,
die sich eben anheben, das gleiche Wahlrecht endgültig zu meucheln,
wird die Wahl in Zwickau-Crimmitschau doch etwas die Freude an
ihrem Tun verleiden; drohend künden sich hier die Antipoden des
Volkes an!

Der Kreis Zwickau-Crimmitschau ist alter sozialdemokratischer
Bezirk. Schon im Jahre 1897 war er zum ersten Male sozialdemo-
kratisch vertreten und blieb dies mit geringen Unterbrechungen. Seit
1890 war er dauernd der Besitz der Partei.“

Die neuen Steuern im Hauptauschuß

B. L. B. Berlin, 13. Mai. Der Hauptauschuß des Reichs-
tages legte die Beratung der Steuervorlagen bei den Besitzsteuern fort.
Zuher dem Finanzminister von Papen und dem Staatssekretär für das
Reichsschatzamt Grafen Noederen wohnten die Finanzminister der
Bundesstaaten der Sitzung bei. Berichterstatter Vbg. Müller-Fulda
(Zentrum) leitete die Erörterung mit dem Hinweis auf das Defizit
von 2875 Millionen M., ein, dessen Deckung durch Belastung des Ver-
kehrs erfolgen soll. Von allen Seiten wird verlangt, nachdem die großen
Vollmassen so stark herangezogen werden, zum Ausgleich den Besitz in
höherem Maße, insbesondere die Kriegsgewinne heranzuziehen. 1200
Millionen Mark, die auch nach Annahme der zwölf Steuervorlagen
zur Deckung des Fehlbetrages aufzubringen sind, sollen durch Besitz-
steuern aufgebracht werden. Man könnte an eine Reichsvermögens-
Einkommensteuer denken oder auch die fehlenden 1200 Millionen
Mark den Einzelstaaten auf die Mehrfaktarbeiträge legen, aber da-
durch würde in die Finanzen eine große Verwirrung hineingebracht.
Es muß also ein anderer Weg zur Deckung des Fehlbetrages gesucht
werden durch eine richtige Kriegsgewinnsteuer. Die Vermögens-
zuwachssteuer bewährte sich in dieser Richtung nicht. Sie warf zwar
etwa vier Milliarden ab, wirkte jedoch demoralisierend.
Es müssen die Mehrerlöse während des Krieges
entsprechend geätzt werden. Von 1913 bis 1916 stiegen
die über 100 000 Mark liegenden Einkommen Preußens
um 66 Prozent.

Hier kann entsprechend zugefaßt werden. Es ist ein dahingehender
Antrag in Vorbereitung, der im Laufe der Sitzung noch in die Vorlage
gebracht wird. Ich empfehle ihn schon jetzt der wohlwollen
Berücksichtigung.

Rußland

Allgemeine Amnestie in Rußland

B. L. B. Moskau, 12. Mai. (B. L. M.) Auf Grund der
allgemeinen Amnestie am 1. Mai wurde eine große Zahl der in
den Gefängnissen befindlichen politischen und Kriminal-
verbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister
des Regimes der Romanows und Kerenskis in Freiheit gesetzt,
ausgenommen die wegen Hochverrats und Betruges Ver-
urteilten.

Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erfuhr von
seiner Befreiung an dem Tage, an dem er aus dem Gefängnis
beurlaubt werden sollte. Purischewitsch und die anderen Teil-
nehmer an dem Anschlag gegen die Sowjets, nämlich Komman-
dant Grinberg, die Offiziere Chemanjelo und Duschkin, der
Leutnant Belinski, der Zivilingenieur Parfenoff und andere
sind in Freiheit gesetzt worden. Im ganzen haben 200 Personen,
die wegen politischer und strafrechtlicher Vergehen verurteilt
worden waren, an diesem Tage die Kasematten von Krestsi ver-
lassen.

Dieser besonders politisch überraschend umfangreiche
Straferlass ist eine ungemein kluge Maßnahme der sozialistischen
Regierung, von der sehr viel gerade außerhalb Rußlands ge-
lernt werden könnte.

Die deutsche Ost-Politik

bespricht der Reichstagsabgeordnete Erzberger in einem Artikel
der „Vossischen Zeitung“ unter der Überschrift „Mein Vorstoß
im Hauptauschuß“. Der Zentrumsabgeordnete wendet sich
gegen die persönlich-giftige Bekämpfung, durch die ihn die
„Vaterlandspartei“ den Mitdeutschern auszeichnet. Er stellt
fest, daß sein im Hauptauschuß des Reichstages gegen die mili-
tärliche Ukraine-Politik gestellter Antrag durchaus keine
persönliche Eigenmächtigkeit gewesen ist. Sämtliche Kom-
missionsmitglieder des Zentrums hätten ihn in einer Vorbe-
sprechung einstimmig gebilligt. Dar behandelt er noch ein-
mal die „revolutionären“ Vorgänge in der Ukraine, mit der
Deutschland bekanntlich „ewige Freundschaft und Frieden“ ge-
schlossen habe. Er schildert das Vorgehen des deutschen Militär-
kommandos in der Kuba und fährt fort: Während der Kuba-
sicherung am Tage der heiligen Sofia wurde General Skoropadski
zum Hetman ausgerufen. Der Platz war von deutschen
Soldaten besetzt. Die Teilnahme des ukrainischen Volkes war
ganz kläglich. General Skoropadski ist wohl von Geburt
Ukrainer, diente aber in der russischen Armee. Er wird von
einen Kennern als „Der kleine Boulanger“ bezeichnet. Der
Ministerpräsident Timonowitsch ist ein Großgrundbesitzer, Russe
von Geburt und für den unbedingten Anschluß der Ukraine an

Rußland. In diesen Tagen kam eine Delegation der Kaba-
zum Hetman von Munnin, um mit ihm Verhandlungen ein-
zuleiten wegen Zurücknahme der kommunistischen Dekrete über
den Bodenbesitz. Volkshüter von Munnin erklärte, es sei zu
spät. Die Folgen sind aber nur beabsichtigt für Deutschland.
In Kiew kann sich kein deutscher Soldat mehr unbewaffnet
zeigen. Deutsche Soldaten seien bereits niedergeschossen worden.
Die Eroberung gegen Deutschland nimmt zu. Die Eisenbahnen
und Arbeiter planen einen Generalstreik. Die Bauern werden
kein Getreide liefern, und bei Requisitionen muß man mit Blut-
vergießen rechnen. Die politischen Folgen seien noch schlimmer.
Der Haß gegen Deutschland nehme zu. Die Dekrete, welche
Skoropadski erlassen habe, seien nahezu wörtliche Abschriften
der russischen Verfassung aus der Zeit von 1905. Die Minister,
die von ihm ernannt wurden, seien Großgrundbesitzer mit aus-
gesprochen großrussischer Gesinnung. Es frage sich nun, ob aus
der jetzigen nicht günstigen Situation für Deutschland noch
etwas herauskommen könne. Da es nur zwei Wege:
erstens den sofortigen Zusammentritt der ukrainischen Konfite-
rante, welche ohnehin schon auf den 12. Mai geplant gewesen
sei, zweitens die Bildung eines Koalitionskabinetts aus Natio-
nalliberalen, nicht aus Großrussen. Weiter gibt Erzberger
der Unzufriedenheit mit der Gestaltung der Dinge in Kiewland
und Eiland Ausdruck. Die Zentrumsregierung habe der Reichs-
regierung ihren Standpunkt in dieser Frage offen lassen,
wonach Eiland und Eiland nach dem Friedensvertrag unter
großrussischer Oberhoheit stünden und von sich aus die Los-
lösung durchzusetzen hätten. Was Kiewland angehe, so sei ein
selbständiger und unabhängiger Staat anerkannt worden. Es
wünsche einen katholischen Fürsten ohne jede Personalunion.

Portraits unserer Ukraine-Schicksale

Ueber das neue ukrainische Hetmans-Kabinet schreibt
Paul Rohrbach, deutscher Impertalist und daher sicher unver-
dächtigster Zeuge, in der „Hilfe“ folgendes:

Skoropadski stammt aus einem alten ukrainischen Geschlecht,
dem schon ein früherer Hetman im 18. Jahrhundert angehört. Er
hat aber bisher mit der Ukraine und der ukrainischen Bewegung
nichts zu tun gehabt, sondern war Petersburger Gardeoffizier und
zuletzt General. Vor der Auflösung des russischen Heeres führte
er gegen uns ein Kavallerie-Regiment. Er ist eine ähnl. he Figur wie
der finnische General Mannerheim, der ebenfalls ein hoher
Offizier von russischer Tradition aus der Zeit des Zarismus ist. Die
Minister Postnikow, Prokhorowitsch, Tschichentso und Mikomatsch
werden als ukrainische Föderalisten bezeichnet, das heißt, sie sind Anhänger
des Zusammenschlusses zwischen der Ukraine und Großrußland zu
einem gemeinsamen Bundesstaat oder Staatenbund. Postnikow,
Tschichentso, Kinnitsch, Kubitsch, Stetschewitsch und Sabatin, das heißt
bürgerlich-liberale, die von Anfang an zu der gesamtukrainischen Ra-
dikalpartei gehörten. Dieser radikalischen Richtung gehört nament-
lich Postnikow an, statt dessen von anderer Seite als Minister-
präsident auch Lyubowitsch genannt wird. Der Postnikow
ist radikal mit ausgesprochen großrussischem Standpunkt. Der Justiz-
minister Scheluchin hat sich einen Namen als Verfasser einer extrem
feindseligen Schrift gegen die deutschen Kolonisten in der Ukraine
gemacht. Der Kriegsminister Stawitsch ist Pole, was besonders
angemerkt werden muß, weil er die bewaffnete Macht des ukrainischen
Staates zur Verfügung hat und es nahe genug liegt, daß er sich
bemüht, sie zum Schutze seiner Kandidaten, der polnischen Groß-
grundbesitzer, zu brauchen. Die seltsamste Gestalt im ukrainischen
Ministerium ist der Admiral Kollschak, ein Theaterheld unangenehmen
Geneses, und als solcher schon zur zaristischen Zeit bekannt. Während
der Revolution war er noch unter den Bolschewiken Befehlshaber der
Schwarzen Meer-Flotte. Allerdings hatte er dort keine Autorität
bei der Mannschaft, wie niemand von den bisherigen Offizieren der
Marine. Von ihm stammt das Wort, wenn es nicht „he ginge, in
Rußland gegen die Deutschen zu kämpfen, so werde er sich den Ameri-
kanern zur Verfügung stellen!“

So sehen nach Rohrbach die Leute in Wirklichkeit aus,
für die unsere „Vaterlandspartei“ jetzt begeistert schwärmen.
Das Gros unserer Mitdeutschern ist aber über den Sturz der
bisherigen sozialistischen Regierung aus innerpolitischen Grün-
den so hoch erfreut, daß sie — echt alldeutsch — den siegreichen
Reaktionären a bittert Deutschfeindschaft gern nachsehen.
Denn die „höchsten völkischen Belange“ erfordern in erster
Linie Niederhaltung der Demokratie, erst in zweiter den Sieg
Deutschlands. Diesen Leuten wäre wohl auch heute noch Groß-
rußland mit Jar und Krieg hundertmal lieber als mit Bol-
schewiki und Frieden. (B. 127 a.)

Der Bürgerkrieg in Finnland

Stockholm, 10. Mai. (B. L.) Die täglichen Berichte
des finnischen Hauptquartiers sind nunmehr eingestellt wor-
den. Es ist dies ein sichtbares Zeichen dafür, daß der Bürger-
krieg in Finnland erfolgreich beendet ist. Die 12 Mitglieder
der finnischen Roten Regierung befinden sich in Petersburg
mit einer Menge Flüchtlinge der Roten Garde. Die finnische
Regierung soll, wie verläutelt, die Auslieferung der Roten Re-
gierung von Rußland gefordert haben, es ist jedoch anzun-
ehmen, daß die russische Regierung diesem Verlangen nicht
nachkommen wird.

Die Kaiserinwitwe von Rußland und Nikolai Nikolajewitsch in deutscher Hand

Berlin, 13. Mai. (Privattelegramm.) Die Kaiserin-
witwe von Rußland und die Großfürsten Nikolai Nikola-
jewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch
sind auf dem Gute Djußar (Sibirien) in der Arktis in un-
sere Gewalt gefallen. Sie waren bisher von 25 Matrosen be-
wacht und östlich von der Außenwelt abgeschnitten. —
Die Krim gehört nicht mehr zur Ukraine. Welche Be-
deutung die überraschende Tatsache, daß Verwandte des
Kaiserthrons in deutsche Gewalt gekommen sind, hat, läßt sich
noch nicht übersehen. Mit dem unangenehmen Gerücht, daß
sich in Finnland der monarchische Gedanke entwickeln sollte,
steht sie gewiß in keiner Beziehung. Denn heute gilt eben
nicht das Wort: Zarische Trauer ist deutsche Trauer.

Rußland

Kiew, 13. Mai. Die ukrainische Regierung kam mit der
russischen Regierung dahin überein, daß die Friedensverhand-
lungen zwischen beiden Regierungen nicht in Kiew, sondern
in Riga stattfinden sollten. Die beiderseitigen Delegationen
werden schon in aller nächster Zeit in Riga zusammentreten.

Besonders preiswerte
Herren-Hüte

- Strohüte** durchaus solide Geflecht, neueste Sportformen **4.75**
Markt 18.50 10.50 7.50 bis
- Strohüte** solide Formen für ältere Herren **2.50**
Markt 18.00 13.50 9.50 bis
- Strohüte** für Knaben jeder Altersstufe **2.25**
Markt 13.50 10.50 7.00 bis
- Echte Panama-Hüte** in sämtlichen Preislagen
- Filzhüte** moderne steife und weiche Formen, renommierteste Fabrikate **9.50**
Markt 32.00 24.00 18.00 bis
- Seidenhüte u. Klapphüte** Markt 45.00 33.00 27.00 bis **12.00**

Herren - Mützen / Knaben - Mützen
Rucksäcke / Spazierstöcke

Walter & Fleck

Abteilung Herren - Moden 157

Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und Herrenräder in großer Auswahl, beste Preis-Leistungs-Verhältnisse.

Ersatzbereifung

Holz, Latex, Spirale und Leder, ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren. Benzin 135

Werkzeuge

und Gaszylinder in großer Auswahl. Versand nach jed. Ort. Angemessenes Karbid kann abgeholt werden.
Gustav Ehms Fahrrad-Grasshandlung
1. Damm 22-23, Ecke Breitgasse.
Telephon Nr. 3478.

Neue und gebrauchte

Fahrräder

lederne Holzbereifung, Leder-, Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.

Werkzeuge, Taschenmesser, Sägen, Spindelmotoren, Schallplatten, Taschenlampen, Batterien.

A. Hein, Breitgasse 113.

Künstlerkarten

100 Serien, Kopf, Liebes-, Landschafts-, Humor- u. Ornat. 5 M.
100 Ansichten o. Besten 3 50 M.
100 ff. Künstlerkarten 6 M.
20 Kunst all Sort. 1 M. Preisgrat.
100 Feldpostkarten 2,00 M.
Kunstverlag „Jris“, S. Bräunel, Reddinghauser Welf 76.

Führer

durch das preussische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister.

Preis 60 Pfennige

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht

Danzig :: Paradiesgasse

„Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Polizeiverfall.
Man verlange Probeheft von der Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Wartenburger 85

Wintergarten

Dir. Artur Löwinski. Telephon 1925. Olivaer Tor 10. Telephon 1925.

Das neue grosse Varieté Programm

An beiden 158

Pfingstfeiertagen

Tägl. je **2** Grosse **2** Tägl. je

Fest-Vorstellungen

nachmitt. **3 Uhr** abends **7 Uhr**

Kleine Preise **18** Haupt-Vorstellung

Erstklassige Kunstkräfte

Vorverkauf Gebr. Freymann, Hotel Norddeutscher Hof beim Portier und im Theaterbüro.

Restaurant Wolfschlucht

Porte-chaisengasse 4

Dem geehrten Publikum von Danzig und Umgegend beehrt ich mich anzuzeigen, dass ich ein kunstvolles, tadelloß spielendes

elektr. Piano mit Mandoline

erworben habe, zu dessen Besichtigung ergebenst einlade.

August Wisotzki.

Das Instrument wurde geliefert von Paul Jäschke, Handweggasse 112.

An die Bewohner meines Korpsbezirks!

Das Feldheer ist in Not!

Pferdefutter wird dringend gebraucht!

Für den ausreichenden Vorrat des Feldheeres mit Hafer hängt das Fortschreiten und der weitere Erfolg unserer siegreichen Operationen ab. Sider Hafer, auch Saathafers, Weizen und Hülsenfrüchte müssen jetzt der Armee zur Verfügung stehen!

Die Landwirte und alle Stellen, bei denen sich überschüssendes Getreide noch befinden könnte, wollen sich daher zur Vergabe der letzten Vorräte von Hafer, Weizen und Hülsenfrüchte bereit erklären.

Eile ist notwendig!

Liefert daher schleunigst und freiwillig Euren Hafer usw. an das nächstgelegene Proviandamt ab!

Die Proviandämter zahlen bis auf weiteres bis 450 Mark für die Tonne Hafer, d. h. 22,50 Mark für den Zentner. Auch kleine Mengen Hafer und Hülsenfrüchte werden von den Proviandämtern gegen Bezahlung entgegengenommen.

Wer nicht sofort und freiwillig jeden irgendwie überschüssigen Hafer usw. absetzt, setzt sich der Gefahr aus, daß ihm durch Verweigerung der militärischen Behörden die Futtermengen weggenommen werden müssen für beschlagnahmten Hafer usw. wird alsdann ein Preis überhaupt nicht bewilligt.

Danzig, den 13. Mai 1918. [154]

Der kommandierende General
Bagner
General der Infanterie.

Esst
garant. rein. **Schnupftabak** offe-
riert

Julius Gosda, Rohstoffgroßhandlung
und Schnupftabakfabrikation,
Danzig, Ecke Hätergasse 5 u. 2. Prießnergasse 5. Fernspr. 2428

Kaffeehaus Bürgergarten

Kaffeehaus meines Garten zum angenehmen Aufenthalt.

Am 2. Pfingstfeiertag, sowie jeden Sonntag:

Streich-Konzert.

Eintritt frei. 155] Eintritt frei.

Zu regem Besuch ladet ein **M. Steppuhn.**

Trauer-
Hüte
in
reidster
Auswahl

**Julius
Goldstein**

zu billigsten
Preisen

Lawendegasse 4, gegenüber der Markthalle

Kurhaus und Strandhalle Brösen

sind eröffnet und freundlichem Besuche angelegentlich empfohlen!

Alles was Küche, Keller und Backstube bieten können, ist von bester Beschaffenheit
:: :: und wird von höflichster Bedienung zu erschwinglichen Preisen vorgesetzt. :: ::

An den drei Pfingst-Tagen ab 3 Uhr: **Nachmittags-Konzert.**

Paul Jbold, Kurhauspächter.

